

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Ludger Kühnhardt

**Europas Sicherheit, die
Zukunft der Ukraine und die
„russische Frage“**



Discussion Paper
C274
2022

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Jahrgang 1958, ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Zwischen 1991 und 1997 war er Ordinarius für Politische Wissenschaft in Freiburg, wo er als Dekan seiner Fakultät auch in der akademischen Selbstverwaltung tätig war. Studium der Geschichte, Philosophie und Politischen Wissenschaft in Bonn, Genf, Tokio und Harvard. Dissertation zum Weltflüchtlingsproblem, Habilitation über die Universalität der Menschenrechte. Kühnhardt war Mitarbeiter von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Gastprofessor an renommierten Universitäten weltweit.

Von seinen Veröffentlichungen seien erwähnt: Europäische Union und föderale Idee, München 1993; Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994 (türkische Ausgabe 2003); Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996; Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden 1999; European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration, Baden-Baden 2008 (2. erweiterte Auflage 2010); Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005 (eds.), New York/Oxford 2009; Region-Building, 2 Bände, New York/Oxford 2010; Africa Consensus, Washington D.C. 2014; (hrsg. mit Tilman Mayer) Bonner Enzyklopädie der Globalität, 2 Bände, Wiesbaden 2017 (in englisch: The Bonn Handbook of Globality, Cham 2019); The Global Society and Its Enemies: Liberal Order beyond the Third World War, Wiesbaden 2017; Identität und Weltfähigkeit, Baden-Baden 2020; Das politische Denken der Europäischen Union, Paderborn 2022; Verknüpfte Welten. Notizen aus 235 Ländern und Territorien Band 1 (1960-1999) Band 2 (2000-2020), Wiesbaden 2022.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

1. Was ist 2022 gescheitert und was nicht?

Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist immer wieder zu hören und zu lesen gewesen, dass *die* europäische Sicherheitsordnung gescheitert sei. Das ist eine unzulässig ungenaue Beurteilung der komplexen Situation. Unbeschadet jeder Analyse der vielschichtigen Ursachen und Folgen des russischen Angriffskrieges stellt sich als erstes die Frage: Was genau ist am 24. Februar 2022 gescheitert und was nicht?

1. Gescheitert ist 2022 die Illusion einer schnellen Entsowjetisierung von Russland. Gescheitert ist die Illusion, der so ganz und gar künstlich erzeugte homo sovieticus und seine psychologischen und kulturellen, materiellen und politischen Ausdrucksformen und sozialen Folgen könnten in nur einer Generation überwunden werden. Als homo sovieticus beschrieb der russische Dissident und Schriftsteller Alexander Sinowjew den unfreien, staatshörigen und den ideologischen Zielen der Sowjetunion verpflichteten Menschentyp.¹ Der homo sovieticus sei ein Mensch, der sich dem zentralisierten Machtstaat unterordnet, in dem Ehre und militärischer Ruhm für fehlende wirtschaftliche Entwicklung und offenkundige Ungleichheiten entschädigen. Sinowjew sprach von Denunziation, Lüge und der von Kindesbeinen an trainierten Kunst, „niemanden hinters Licht, sondern durch Ausnutzung der Wahrheit irre zu führen“.² Er sprach von Zynismus und davon, dass kein Sowjetmensch kniet, aber alle „in Habachtstellung“ vor der Obrigkeit stehen, die

1 Alexander Sinowjew, Homo sovieticus, Zürich: Diogenes, 1984.

2 Ebenda, Seite 95.

sie angeblich selber sind.³ Der homo sovieticus verinnerlicht die Ansprüche eines totalitären politischen Systems, eine imperiale Weltsicht und die Akzeptanz einer zentralisierten Mangelwirtschaft mit einer kruden Anthropologie, einem Bild vom Menschen, der Abschied von seiner nationalen Herkunft genommen hat und dem die Sowjetunion Heimat und höchstes Ziel des Daseins geworden ist. Den homo sovieticus charakterisieren mangelnde Eigeninitiative und fehlender „aufrechter Gang“. Sinowjew wurde sehr deutlich: „Wenn ein Mensch Verhältnissen ausgesetzt ist, die unter einem gewissen, für die praktische Anwendbarkeit moralischer Normen unerläßlichen Minimum liegen, dann ist es sinnlos, auf sein Verhalten moralische Kriterien anzuwenden...Es ist unmoralisch, von einem Menschen zu verlangen, moralisch zu sein, wenn nicht ein Minimum seiner Lebensbedingungen so ist, daß man von ihm Moral verlangen kann.“⁴ Der homo sovieticus sollte auf Dauer als Kunstprodukt eines zentralisierten Machtsystems bestehen, das an eine lange Geschichte imperialer Expansion seit dem Beginn des russischen Kaiserreiches 1721 anknüpfen konnte. Das ideologische Selbstverständnis des Sowjetmenschen war nach der Oktoberrevolution unverbrüchlich mit den egalitären Versprechungen sowjetischer Modernisierung in Beziehung gesetzt worden. Die Illusion, dass mit dem Ende der Sowjetunion 1991 urplötzlich alle vorherigen Parameter des Umgangs der Menschen miteinander und der Obrigkeit mit der Gesellschaft überwunden worden seien, war naiv. Die belarussische Literaturnobelpreisträgerin von 2015, Swetlana Alexijewitsch, hat nicht nur in ihrem Roman „Secondhand-Zeit“ davon gesprochen, dass der homo sovieticus in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch immer existiert.⁵ Deutlich zeigt sich dies auch in den Phantomschmerzen, die der Zerfall der Sowjetunion generiert hat. Am besten hat diese Phantomschmerzen Russlands Präsident Putin artikuliert, der den Zerfall der Sowjetunion

3 Ebenda, Seite 62.

4 Ebenda, Seite 98.

5 Swetlana Alexijewitsch, *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus*, München: Carl Hanser Verlag, 2013.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

2005 als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet hat.⁶ Zugleich hat Putin nichts unversucht gelassen, den Westen davon zu überzeugen, dass die Menschen des postsowjetischen Raums nicht zur Demokratie befähigt seien und daher sein eigenes Herrschaftssystem als überlegen betrachten würden.

Gescheitert ist mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 die Illusion, die Entsowjetisierung ließe sich mit technischen Politikansätzen von außen befördern und sie führe zugleich zum Durchbruch eines antitotalitären Konsensus über universelle Völkerrechtsnormen. Die Probleme der Privatisierung Russlands haben sich seit den 1980er Jahren nicht mit westlicher Unternehmensberatung aus der Welt räumen lassen. Es fehlten die gesellschaftlichen und wirtschaftskulturellen Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft, die auf Recht basiert und mit Sinn für soziale Verantwortung einhergeht. Korruption und Oligarchen-Luxus diskreditierten die Idee der Marktwirtschaft in Russland immer wieder auch deshalb, weil die sozial Schwachen nicht wirklich durch die von den Neureichen gerne oberflächlich zur Schau gestellte Konsumkultur zu Massenwohlstand gelangen konnten. Die Zerschlagung der Monopolstrukturen in der öffentlichen Ordnung („Vertikale der Macht“⁷ statt Autonomie bzw. Föderalismus bei den Gebietskörperschaften zwecks einer Stabilisierung der gesamtstaatlichen öffentlichen Ordnung) gelang nicht. In Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung Russlands wurde bei erstbestener Gelegenheit die Rückkehr zu politischen Monopolstrukturen unter Zerschlagung aller neugebildeten Ansätze von pluralistischer zivilgesellschaftlicher Initiative erzwungen. Der staatliche Repressionsapparat zog seine Zügel wieder straffer an. Das System der Strafgefangenenlager existiert weiter. Zugleich wurde die russische Wirtschaft zu kei-

6 Zitiert nach: Susanne Schattenberg, Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 30. November 2011, online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/59630/das-ende-der-sowjetunion-in-der-historiographie/>.

7 Relativ frühzeitig hat darauf hingewiesen: Margareta Mommsen, Putins „gelenkte Demokratie“: „Vertikale der Macht“ statt Gewaltenteilung, in: Matthes Buhbe/Gabriele Gorzka (Hrsg.), Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: Springer VS, 2007, Seite 235-252.

nem Zeitpunkt in zukunftsrelevanten Bereichen international wettbewerbsfähig. Rohstofflieferungen und Waffenexporte sind das Hauptcharakteristikum der russischen Integration in die Weltwirtschaft geblieben.

Die Entsowjetisierung Russlands begann 1991 nach 64jähriger Existenz der Sowjetunion. Die Sowjetunion hatte über drei Generationen bestanden und es dürfte vermutlich auch drei Generationen dauern, ehe ihr geistig-seelisches wie ihr materielles Erbe überwunden sein wird. Erst nach der Mitte des 21. Jahrhunderts dürfte also vollständige Bilanz gezogen werden können, wie tiefgehend das sowjetische Erbe und mit ihm die Illusion des homo sovieticus überwunden sein werden. Die Europäische Union wird zu dem Zeitpunkt eine einhundertjährige Entwicklung über ebenfalls drei Generationen hinweg abgeschlossen haben, beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957). Jede Analyse der europäischen Sicherheit, der Zukunft der Ukraine und der „russischen Frage“, aber auch der Transformation der Weltordnung, von der seit dem 24. Februar 2022 vielfach die Rede ist, muss vergleichend und in diesem langen Horizont gesehen werden.

2. Gescheitert ist 2022, wieder einmal, das Konzept von kollektiver Sicherheit. Der Völkerbund hat die Fragilität dieses sicherheitspolitischen Ansatzes nach 1933 erleben müssen, als das nationalsozialistische Deutsche Reich umgehend nach Hitlers Machtergreifung aus dem Völkerbund austrat. Die OSZE, aber auch der Europarat und Teile der Vereinten Nationen (Sicherheitsrat) erfuhren 2022 ihre strukturelle Zerbrechlichkeit. Kollektive Sicherheit kann Stabilität verwalten, aber offenkundig nicht gegen Systembrecher bewahren oder gar ex post neu schaffen. Wer Brutalität und Gewalt praktizieren will und dabei das unermessliche Leid unschuldiger Menschen bewusst akzeptiert, wird durch Strukturen kollektiver Sicherheit nicht gestoppt. Russland hat sich mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine mehr denn je für hegemoniale Politik über Eurasien und nicht länger für Sicherheit mit Europa und Nordamerika entschieden. Was bisher hinter der Konzeption der Eurasischen Union und der in ihrem Rahmen bereits weit gediehenen Eurasischen Wirtschaftsunion leidlich verbrämt geblieben ist, muss seit dem Überfall auf die Ukraine alle anderen Teilnehmerstaaten dieser Gegen-EU auf das höchste beunruhigen: Werden auch sie eines Tages von Russland überfallen,

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

wenn sie sich nicht dem russischen Willen fügen? Die Eurasische Union ist ein Instrument russischer Hegemonialpolitik. Seit Jahren wird das Konzept einer Eurasischen Welt in Russland als Antithese zum atlantischen und europäischen Westen nicht nur geostrategisch, sondern auch weltanschaulich vorgedacht (Dugin). Der Westen wird als dekadent charakterisiert. Der Westen befinde sich im Niedergang. Demgegenüber lebe in Eurasien unter russischer Führung die reine, neue Form der Freiheit ihrer Zukunft entgegen. Die Idee „Eurasien“ wird synonym gesetzt mit der russischen Welt (Russkij Mir). Die Überhöhung der russischen Zivilisation ist die ultimative ideologische Waffe gegen die russische Verwestlichung, besser: gegen das Einsickern von Freiheitsvorstellungen, die seit der westlichen Aufklärungszeit immer wieder zum Allgemeingut von Europäern und Russen erklärt worden sind. Eurasien ist synonym für die russische Abkehr vom Westen und die Erfindung eines neuen, eigenen Kontinents, der ebenso wenig asiatisch sein will und sein kann.

Gescheitert ist am 24. Februar 2022 die strategische wie kulturpolitische Illusion von einer die bisherigen Blöcke überwindenden gemeinsamen europäischen Gemeinschaft, wie es der sowjetische Präsident Michael Gorbatschow unter Applaus vieler im Westen erstmals bei seiner Rede vor dem Europarat am 6. Juli 1989 postuliert hatte. Unter Beibehaltung unterschiedlicher Systeme und strikter Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten werde ein solches gemeinsames europäisches Haus möglich werden, in dem auch die USA und Kanada ihren Platz behalten könnten, hatte Gorbatschow seinerzeit ausgeführt. Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine ist Russland zu einer Form der Gewaltpolitik zurückgekehrt, die in letzter Konsequenz natürlich auch das Ziel hat, die nordamerikanischen Demokratien USA und Kanada aus der europäischen Staatenordnung herauszudrängen. Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich Russland von Europa abgewendet und orientiert sich nach Eurasien, jedenfalls solange der herrschende Putinismus anhält. Statt eines gemeinsamen europäischen Hauses soll nach russischem Willen eine eurasische Gemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok geschaffen werden. Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, wurde im März 2022 mit der Vision zitiert, die angelaufene „Demilitarisierung und

Entnazifizierung“ der Ukraine – wie der Überfall auf die Ukraine komplett wirklichkeitsverfremdend begründet wird – könne den Weg freimachen für „ein offenes Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok“. ⁸ In Ermangelung jeder Form von kultureller Vision oder irgendeiner attraktiven soft power könnte die zynische Formel lauten, auf die Russland setzt: Mit Gewalt zu einem eurasischen Frieden.

Seit den 1950er Jahren war die Sowjetunion daran interessiert, eine europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die ihren 1945 erreichten Status quo mit der präzedenzlosen Expansion nach Mitteleuropa – darin eingeschlossen die Okkupation von Teilen Deutschlands – unter Anerkennung ihrer Herrschaftsordnung über die Völker Mittel-, Südost- und Osteuropas legitimieren konnte. Solange es (noch) nicht möglich war, die USA als eine europäische Macht aus der europäischen Sicherheitsarchitektur herauszudrängen, war die Behauptung des Status quo für die Sowjetunion die beste aller strategisch realistischen Möglichkeiten. Daher beförderte die Sowjetunion in den 1970er Jahren die KSZE-Philosophie, auch wenn der Westen während der mehrjährigen Verhandlungen wichtige Aspekte der ursprünglich sowjetischen Idee einer europäischen Sicherheitsarchitektur mit Hilfe der „Drei Körbe“ (Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen, Menschenrechte und Personenfreizügigkeit, wirtschaftliche Kooperation und Technologietransfer) einschneidend hatte erweitern können. Menschenrechte und Systemwechsel blieben die gefährlichsten Aspekte der KSZE-Logik für die Sowjetunion. Ihr eigener Zerfall, die deutsche Einigung, Demokratisierung und Westbindung der Staaten Mittel- und Südosteuropas und des Baltikums haben dies bestätigt. Gegenüber der Ukraine ist der Vertragsbruch besonders dramatisch, den Russland hinsichtlich der Vereinbarungen des Budapester Memorandums vorgenommen hat. Am 5. Dezember 1994 hatten Russland, die Ukraine, Belarus, Kasachstan, die USA und Großbritannien am Rande des damaligen KSZE-Gipfeltreffens in Budapest (5./6. Dezember 1994) eine

8 Medwedew träumt von „offenem Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok“, in: Die Welt, 5. April 2022, online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article238010209/Medwedew-will-offenes-Eurasien-von-Lissabon-bis-Wladiwostok.html>.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

wechselseitig bindende politische Garantieerklärung gegeben: Die territoriale Souveränität der Ukraine und ebenso von Belarus und Kasachstan in ihren international anerkannten Grenzen wurde im Gegenzug zum Verzicht dieser drei Länder auf die weitere Verfügbarkeit von Nuklearwaffen garantiert. Die Ukraine akzeptierte gewaltige Vorleistungen, um ein nuklearwaffenfreies Land zu werden. Später musste die Ukraine die Folgen einer Selbstschwächung ihrer Verteidigungskraft gegenüber einem aggressiv auftretenden Russland erleiden.⁹ Schon beim russisch-ukrainischen Streit um Gaslieferungen 2005/2006, unzweideutig beim hybriden Krieg in der Ostukraine und im Kontext der russischen Annexion der Krim 2014, schließlich mit voller, unverdeckter Brutalität beim Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die KSZE-Garantieerklärung aus dem Jahr 1994 von Russland gebrochen.

3. Gescheitert ist, jedenfalls einstweilen, die Ent-Imperialisierung Russlands. Man könnte auch von der De-Kolonialisierung Russlands sprechen, die einstweilen scheinbar gestoppt worden ist, aber möglicherweise gleichwohl weitere Jahrhunderte andauern wird. Zu unterscheiden ist zwischen Russland als Großmacht und Russland als Imperium. Seit dem Sieg über Schweden im Großen Nordischen Krieg 1721 hat sich das Kaiserreich Russland als eine europäische Großmacht etabliert. Zum Imperium mit hegemonialen Einflussphären über andere Völker und Regionen ist Russland erst im weiteren Verlauf seiner Geschichte aufgestiegen. Das ist kein Vorgang, der zu sehr von den Herausbildungen von Imperien in anderen Regionen Europas während des 18. und 19. Jahrhunderts abweicht – mit oder ohne Beherrschung von außereuropäischen Kolonien. Allerdings: Der eigentliche Epochenbruch in Russland gegenüber den Entwicklungen in nahezu allen anderen Staaten Europas und unter den europäischen Mächten mit Einfluss auf die europäische Sicherheit hat nicht erst am 24. Februar 2022 stattgefunden. Er fand mit dem Oktoberputsch 1917 statt, der nach einigen Jahren des Bürgerkriegs 1922 in die Sowjetunion einmündete. Das vormalige kaiserliche Imperium fand unter dem Banner von Hammer und Sichel als Vielvölkerstaat eine neue

9 Frühzeitig: Monika Jung, Die nukleare Abrüstung der Ukraine 1991-1996. Ein Lehrstück für die ukrainische Außen- und Sicherheitspolitik. Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 28, Baden-Baden: Nomos, 2000.

Legitimationsbasis. Während seit dem Ersten Weltkrieg die anderen europäischen Imperien entweder implodierten oder sich von ihren kolonialen Aneignungen langsam aber sicher lösen mussten, setzte das russische Kaiserreich als Sowjetunion seinen imperialen und mithin hegemonialen Anspruch fort. Die Auflösung der Sowjetunion war insofern auch ein erster Akt der De-Kolonialisierung Russlands. Jede De-Kolonialisierung beginnt mit der unvermeidlich schmerzhaften Einsicht in die Fehler des eigenen Handelns bei den Kolonisten selbst. Koloniales und imperiales Verhalten macht Veränderungen in der Mentalität und bei den Ordnungsvorstellungen von Kolonialisten und Imperialisten erforderlich, damit solches Verhalten überwunden wird. Erst dann kann ein neues Verhältnis zu den vormals kolonialisierten und imperialen Ambitionen unterworfenen Gebieten und Menschen entstehen. Insofern dürfte die De-Kolonialisierung beziehungsweise Ent-Imperialisierung Russlands über den Ukraine-Krieg hinaus nicht beendet sein, gleichgültig wie dieser Krieg enden wird. Über welchen Zeitraum sich die De-Kolonialisierung beziehungsweise Ent-Imperialisierung Russlands hinzieht und mit welchem Ausgang sie beendet wird, bleibt spekulativ.

Je länger desto deutlicher werden Analogien der post-sowjetischen Entwicklung zu Phänomenen des nation-building im globalen Süden sichtbar. Der Übergang von der Sowjetunion zu Russland lässt sich – nicht nur, aber auch – mit den Vorgängen der Dekolonisierung in Afrika und Asien in der Mitte des 20. Jahrhunderts vergleichen. Der postsowjetische Raum erlebt seit 1991 nicht nur eine Entsowjetisierung, sondern eine neue, originäre Entwicklung von Vorgängen des nation-building und der territorialen Neuordnung, wie sie am Ende der modernen Imperien auch anderenorts stattgefunden haben. Diese Tendenzen kollidieren nicht nur mit großrussischen Träumen vom Wiederaufstehen der Sowjetunion. Auch in der Russischen Föderation selbst ist die Frage nach der endgültigen Form des Staats und seiner territorialen Grenzen noch keineswegs beigelegt. Verschiedenste Entwicklungsoptionen unter Einschluss der Möglichkeit weiterer identitätspolitisch motivierten und territorialen Veränderungen dürften noch sehr lange Zeit unabgeschlossen bleiben (Tschetschenien, Tatarstan, Sibirien). Nation-building kann sich über mehrere Generationen hinziehen und führt immer wieder zu

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

tiefgreifenden Verwerfungen in Politik und Gesellschaft. Die entsprechenden geschichtlichen und kulturellen Transformationen auf dem Boden des russischen, beziehungsweise sowjetischen, beziehungsweise heute wieder russischen Imperiums werden über einen langen Zeitraum unvollendet bleiben.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die normativen Spannungen gesehen werden, die sich zwischen universellen Prinzipien der internationalen Ordnung (mit den Eckpunkten UNO-Charta, Völkerrecht, Selbstbestimmungsrecht, Gewaltfreiheit) und anhaltenden regionalen Sonderwegen auf tun. Die auf Völkerrecht und Selbstbestimmung basierenden Prinzipien der Vereinten Nationen sind seit 1945 der faktischen Entwicklung in vielen ihrer Mitgliedsstaaten zu jedem Zeitpunkt weit voraus gewesen. Der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, dass und wie sehr auch Russland zu den nachhinkenden Staaten moderner – und das heißt nichtimperialer, gewaltfreier und freiheitlicher – Ordnungsprägung gehört. Der universell verbreitete Nationalstaat ist in vielen Regionen der Erde noch immer so wenig konsolidiert wie das imperiale Denken in Verbindung mit Einflussphären überall überwunden worden ist. Deshalb stehen die Parameter der „westfälischen“ Staatskonzeption (Souveränität und Selbstbestimmung) und das darauf aufbauende Völkerrecht in vielen Teilen der Erde weiterhin unter Druck. Spannungen zwischen völkischen Ordnungsvorstellungen und multikulturellen, pluralistischen und gewaltfreien Formen des Zusammenlebens sind eine der Ausdrucksformen dieser unabgeschlossenen normativen Globalisierung und ihren geopolitischen Widersprüchen.

Dass 25 Millionen Russen in den nach Auflösung der Sowjetunion unabhängigen Republiken leben, war zweifellos von Anbeginn dieser Vorgänge eine große Hypothek für alle in diesem Raum Beteiligten. Dass Eskalationen, wie sie in vier Nachfolgekriegen Jugoslawien zerrissen haben, Russland und den meisten post-sowjetischen Republiken in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts erspart blieben, ändert nichts an der Tatsache, dass gewalttätige Identitätskonflikte auch in Russland selbst und in einigen der Nachfolgerepubliken der Sowjetunion schon recht frühzeitig nach deren Auflösung ausbrachen. Die friedliche Auflösung der Tschechoslowakei hat gezeigt, wie mit dieser Lage auch hätte umgegangen werden können. Die vielschichtigen

Konfliktursachen zwischen Russland und der Ukraine haben vor allem mit Kontroversen um das Grundverständnis von nationaler Freiheit und politischer Freiheit zu tun.

Die strategische Konsolidierung der EU und der NATO verlief nach Ende des Kalten Krieges parallel zu westlichen Bemühungen, präventive Sicherheitstechniken im Rahmen der KSZE so weiterzuentwickeln, dass daraus die Illusion einer „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland werden konnte. Den Grundstein legte die „Charta von Paris für ein neues Europa“, die am 21. November 1990 auf der KSZE-Konferenz in Paris eine kooperative Sicherheitsarchitektur nach Überwindung der binären Ost-West-Konfrontation entwarf und von allen beteiligten europäischen Staaten sowie den USA und Kanada angenommen wurde. Die Hoffnung wurde in Worte gefasst, nun breche „in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an“ (Charta von Paris für ein neues Europa).¹⁰ Es war die Hoffnung, Russland zum integralen Teil einer kollektiven euro-atlantischen Sicherheitsordnung zu machen, die seinerseits für die westlichen Staaten durch NATO und EU garantiert wurde. Für die Länder Osteuropas und des Kaukasus, die NATO und EU nicht angehören, gab es diese Rückversicherung einer kollektiven Sicherheitsordnung mit Russland nicht.

Der KSE-Vertrag über die konventionelle Abrüstung in Europa, VSBM-Verhandlungen über Informationsaustausch und die Vorankündigung von Militärübungen, die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums in Wien sowie des Büros für freie Wahlen in Warschau und permanente Konsultationsmechanismen bei auftretenden Interessenkonflikten beförderten die Institutionalisierung der KSZE hin zur OSZE 1995. Hatte die ursprüngliche KSZE-Entstehung der 1970er Jahre noch die anhaltende Großmachrivalität widerspiegelt, so schuf die Institutionalisierung der 1990er die Illusion, durch Prozeduren würden Machtfragen zwischen den sich in Harmonie wechselseitig anerkennenden Nationen abgeschliffen und Rechtsgegensätze aufgelöst. Die Illusion verselbstständigte sich, mit der kollektiven Sicherheit unter

10 Text und Kontext: Curt Gasteyger (Hrsg.), Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945–1997, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1997.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

dem Dach von UNO, KSZE und Europarat werde Russland seine europäische Bestimmung finden und seine innere Ent-Imperialisierung erfolgreich fortsetzen.

Tatsächlich aber wandelte sich Europa schon bald nach Ende des Ost-West-Konfliktes wieder „von einer Zone des Friedens zum Kontinent der Konflikte.“¹¹ Die KSZE nahm sich frühzeitig auch die „operative Aktivierung friedenssichernder Handlungsmöglichkeiten“ vor.¹² Am 6. November 1991 wurde die erste KSZE-Mission nach Georgien beschlossen. Sie begann am 3. Dezember 1992 und wollte bis 1993 eine friedliche Beilegung der dortigen Konflikte erreichen. Wie naiv diese Erwartung auf rasche Überwindung der Kombination von Identitätsspannungen und imperial-hegemonialen Ordnungsvorstellungen war, zeigte sich spätestens 2008 beim Ausbruch des georgisch-russischen Krieges. Die unklaren Souveränitätsansprüche in den abtrünnigen Regionen Georgiens (Ossetien, Abchasien) halten bis heute an. Der Beschluss der KSZE vom 4. Februar 1992 über die Entsendung einer friedenserwirkenden Mission in die Republik Moldau aufgrund der Sezession von Transnistrien war von gleicher Wirkungslosigkeit wie zeitgleiche Beschlüsse vom März 1992 zur Lage in Nagorno-Karabach mit seiner armenisch-aserbaidshanschen Gemengelage. Nach der jüngsten kriegerischen Eskalation im Kaukasus 2020 wurde der Brandstifter Russland zum Feuerwehrmann und revitalisierte seinen Einfluss in Nagorno-Karabach mit Hilfe der Entsendung von Friedenstruppen – was Russland in Tadschikistan schon 1994 nach Ende des dortigen Bürgerkrieges im Rahmen der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) gelungen war. Die Rückkehr als Friedenstruppensteller 2020 nach Nagorno-Karabach bedeutete aus russischer Sicht auch eine gewisse Neutralisierung des Einflusszuwachses der Türkei auf Seiten des faktischen Kriegssiegers Aserbaidshan.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 steht in der Kontinuität großrussisch-imperialen Handlungsansprüche gegenüber selbst-

11 Heinrich Schneider, Der KSZE-Prozeß und die gesamteuropäische Kooperation, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93, Bonn. Europa Union Verlag 1993, Seite 27.

12 Ebenda, Seite 34.

definierten Einflussphären. Im Rückblick wird deutlich: Dies war realpolitisch denkenden geopolitischen Strategen in den USA schon seit dem hybriden Krieg im Donbass und der Annexion der Krim durch Russland 2014 deutlicher als manchem in Europa, namentlich in Deutschland. Die realpolitischen Zusammenhänge eines anhaltend bitteren Machtkampfes um konträre Freiheitsvorstellungen und geopolitische Orientierungen wurde insbesondere in Deutschland eher verdrängt. Man begnügte sich mit dem Minsk-Prozess und setzte die Hoffnung auf Wandel durch Handel gegenüber Russland fort. Die EU tröstete sich mit mageren Sanktionspaketen gegen Russland, die eins ums andere Mal erneuert wurden als Protest gegen die völkerrechtliche Annexion der Krim durch Russland. Von den USA wurde die semi-hybride Anbindung der Ukraine an die NATO weiterbetrieben. Die russische Führung nahm die offensichtlichen Unterschiede in der Verfolgung westlicher Interessen deutlicher wahr als der Westen selbst. So konnte es zu den Fehlkalkulationen des Kreml über einen uneinigen und überdies handlungsschwachen Westen kommen – und zur Planung des Überfalls auf die Ukraine mit dem Ziel, den gesamten Staat auszulöschen.

Spätestens seit dem 24. Februar 2022 sollten für alle Beteiligten im Westen die Illusionen über kollektive Sicherheit als eines wirkungsvollen Mechanismus zur Abfederung von Unruhen im Kontext der De-Kolonialisierung Russlands und des vermutlich noch sehr lange (das heißt im Klartext: über mehrere Generationen) anhaltenden nation-building in den Räumen des vormaligen russischen Imperiums beendet sein. Russland war nach dem Ende der Sowjetunion seit 1991 zu einem Teilhaber an der kollektiv organisierten europäischen Sicherheit geworden, ohne sich verpflichtenden Regeln unterwerfen zu müssen. Gleiches geschah im Rahmen des Europarates. In der UNO, namentlich im Sicherheitsrat, setzte sich fort, was dort schon während des Kalten Krieges handlungslähmend gewirkt hatte. Seit dem 24. Februar 2022 liegt auch die OSZE in Trümmern. Der UNO-Sicherheitsrat ist zu einer wirkungslosen Farce geworden. Russland, zumeist bereitwillig von China unterstützt, weiß den UNO-Sicherheitsrat jederzeit zu blockieren. Gleichwohl ist diese Bühne mit Veto-Kapazität für Russland ein wirkungsvolles Instrument geblieben, um seine revisionistischen Tiraden zu präsentieren.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Russland wird die UNO-Bühne nicht ohne Not räumen, auch wenn die russische Führung damit drohen könnte. Die UNO bleibt ein rechtlich und sicherheitspolitisch zahnloser Tiger, den besonders Staaten des globalen Südens als Instrument zu Stärkung ihres weltpolitischen Gewichts und als Forum ihrer Selbstdarstellung schätzen. Russland wird den UNO-Rahmen solange es geht für den eigenen Informationskrieg nutzen wollen. Im Europarat hingegen dominieren rechtliche und moralische Debatten, die von westeuropäischen Standards und Normen geprägt sind. Daher war es ebenso folgerichtig wie wirkungslos, das Russland am 16. März 2022 einem endgültigen Ausschluss zuvorkam und aus dem Europarat austrat. Russlands Bürger verloren bei ihren Rechtsstreitigkeiten mit dem eigenen Staat eine Berufungsinstanz beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

4. Nicht gescheitert sind am 24. Februar 2022 die integrierten westlichen Ordnungsstrukturen EU und NATO. Im Gegenteil. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der Nordatlantischen Vertragsorganisation garantiert auch weiterhin allen Mitgliedsländern Sicherheit und Freiheit, Frieden und Wohlstandsgewinn. Mit der Wirkung eines Magneten ziehen EU und NATO weiterhin neue Mitgliedsstaaten an. Allein die volle Mitgliedschaft erlöst allerdings aus einer grauen, ungeklärten Zone. Russland und China demonstrieren dem Westen seit Jahren, wie ihre Interessen in dieser Grauzone ausgeweitet werden können, ohne dass EU und NATO aus strategischem Eigeninteresse eine klare Mitgliedschaft der Länder vollzogen hätte, die dies seit vielen Jahren wünschen.

Dennoch: EU und NATO haben seit Beginn des Ukraine-Krieges auf ihre je eigene Weise einen enormen strategischen Bedeutungszuwachs erfahren. Stärker denn je haben EU und NATO ihre politischen Ziele und instrumentellen Schritte miteinander abgestimmt. Je mehr Russland den westlichen Ländern pauschal vorwirft, als „Feindstaaten“ zu agieren, „weil das, was sie tun, Krieg ist“, wie Kremlsprecher Dmitri Peskow am 17. Mai 2022 sagte¹³, desto mehr ist die Entschlossenheit der Akteure in den westlichen Ordnungs-

13 Kreml wirft Westen „Krieg“ gegen Russland vor, in: Der Tagesspiegel, 17. Mai 2022, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/es-sind-feindstaaten-kreml-wirft-westen-krieg-vor-diplomatisch-wirtschaftlich-und-politisch/28063400.html>.

strukturen gewachsen, den tatsächlichen Kriegsaggressor Russland zu bremsen und zu isolieren. Dies erfordert eine eindeutig strategische und realpolitische Ausrichtung in engster Abstimmung miteinander. Was für die NATO selbstverständlich ist, bedeutet für die EU in der Tat eine Zeitenwende. Dabei muss die EU – ohne dies zugeben zu wollen – einen Status als Juniorpartner akzeptieren: Alle EU-Mitgliedsstaaten sind mehr denn je von ihrer Territorialverteidigung durch die USA abhängig. Je länger der Ukraine-Krieg anhält umso deutlicher ist es: Es geht nicht nur um die Ukraine selbst, sondern um ein massives machtpolitisches Ringen zwischen den USA (und ihren europäischen Alliierten) und Russland, bei dem sich der Kampf um die freiheitliche Lebensweise und der Kampf um geopolitische Einflusssphären verschränken.

Von seiner maximal aggressiven Rhetorik (Auslöschung einer souveränen Ukraine, Drohung mit Atomkrieg) ist Russland nach dem 24. Februar 2022 zu keinem Zeitpunkt abgerückt. Der Westen antwortet ebenso klar wie unbestimmt: Russland darf den Krieg nicht gewinnen. Was dies aber konkret heißen kann, ist bewusst diffus geblieben, nicht weniger als die Formel, die Ukraine dürfe den Krieg nicht verlieren. Mit vagen Formeln werden unterschiedliche Kriegsziele unter den westlichen Staaten übertüncht. Am Ende, wie bei jedem Krieg, wird es nicht nur um Kriegsziele, sondern auch um Friedensstrategien gehen und darum, wer sie initiiert und ihre Ausgestaltung bestimmt. Kreml-Sprecher Peskow erinnerte daran erstmals am 17. Mai 2022: „Jeder Krieg endet mit einem Frieden. Und dieser Frieden wird so gestaltet sein, dass unsere Stimme zu hören ist, wo wir bequem und sicher sind und fest auf unseren Beinen stehen“.¹⁴ Auch diese Sätze waren mit voller Absicht höchst ungenau formuliert. Zwei zentrale Frage richten sich an alle beteiligten oder beobachtenden Akteure: Wer initiiert und definiert die Friedensstrategien? Welche Aspekte werden zu den Friedensstrategien gehören können, welche Aspekte werden zu den Friedensstrategien gehören müssen und was soll von wem garantiert werden? Diese Fragen werden in Kapitel VI. dieser Analyse behandelt.

14 Ebenda.

II. Seit 1991: Die „russische Frage“ ersetzt die „deutsche Frage“

Die Frage nach meiner Bewertung der Entwicklungs- und Fortschrittmöglichkeiten Russlands war seit Jahrzehnten vorgeprägt durch meine Studien zur Flüchtlingsfrage¹⁵ (1984) und zum Menschenrechtsthema¹⁶ (1987). Die Sowjetunion gehörte seit ihren Anfängen zu den Verantwortlichen für die schlimmsten Bevölkerungsausmischungen und Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts. Die kommunistische Menschenrechtsdeutung lief seit jeher quer zum universalistischen Verständnis, das auf einem christlich-jüdischen Menschenbild und einer liberal-demokratischen Politikkonzeption basiert. Für mich war daher jederzeit klar: Der eigentliche Zivilisationsbruch Russlands mit der allgemein-europäischen Entwicklung hatte bereits 1917 stattgefunden.¹⁷ Das zaristische Imperium wurde durch ein bolschewistisches Imperium ersetzt. Der Regimebruch blieb belanglos für das Selbstverständnis des imperialen Staates, der zugleich seinen Charakter als Staat verschiedenster Völker durch die egalisierende kommunistische Ideologie zu kaschieren suchte. Die Spannungen um die eigene Identität, aber auch die Spannungen, die sich in den postimperialen Systemauseinandersetzungen in Mittel- und Westeuropa zeigten, wurden in der Sowjetunion künstlich unterdrückt. Dass sich zugleich seit der Ausrufung der Sowjetunion eine Flügelmacht entwickelte, die zusammen mit den USA Europa so in die Zange nahm, wie es schon einhundert Jahre zuvor der weitsichtige französische Historiker und Amerikareisende Alexis de Tocqueville prognostiziert hatte, rundete meinen kritischen Blick auf den eurasischen Nachbarstaat der Europäer frühzeitig ab.

- 15 Ludger Kühnhardt, Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik, Wien: Wilhelm Braumüller Universitätsverlag, 1984.
- 16 Derselbe, Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs, München: Olzog Verlag, 1987.
- 17 Derselbe, Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München: Olzog Verlag 1994, Seite 150-166 (1905 bis 1917: Die russischen Revolutionen und der Oktoberputsch).

Schon als Schüler hatte mich die Lektüre des „Archipel Gulag“ von Alexander Solschenizyn bewegt. 1984 sagte mir am Ende einer Fahrt mit dem Transsibirien-Express von Peking nach Moskau ein junger Russe unter Tränen auf dem Roten Platz: „Russland hatte eine große Geschichte bis zur Oktoberrevolution“.¹⁸ Wladimir Putin besuchte zu dieser Zeit in Moskau die KGB-Hochschule und bereitete sich auf seinen Einsatz in Dresden vor, der 1985 begann. Unvergesslich ist mir eine Begegnung mit Raisa und Lew Kopelew 1987 in der Kölner Wohnung des dissentierenden Schriftstellerehepaares. Ich bewunderte in ihnen die tiefe Geisteskraft und den aufrichtigen Mut patriotischer Russen, die andere Völker in gleichberechtigter Weise gelten lassen konnten. Warum sollte das nicht auch für die politische Führung eines von seinem imperialen Ungeist befreiten Russland gelten können?

Die Revolutionszeit von 1989/1990 hat zur Eröffnung neuer, unerwarteter Perspektiven für Russland geführt. Womit aber weiterhin zu rechnen war, hatte ich frühzeitig am eigenen Leib erfahren. Als erste ehemalige Sowjetrepublik führte Estland Ende Juni 1992 mit der Estnischen Krone eine eigene Währung unter Preisgabe des an imperiale sowjetische Traditionen gemahnenden Rubel ein. Am Tag der Einführung der Estnischen Krone analysierte ich maßvoll, aber naturgemäß zustimmend diese konsequente Vollendung der Entsowjetisierung im „Deutschlandfunk“.¹⁹ Kurz darauf fand ich eine Morddrohung in meiner Privatpost, in ungelenktem Deutsch verfasst. Ich machte mir nie Illusionen über den langen Weg zur Freiheit und zum Pluralismus in Russland und unter Russlands Freunden in Deutschland. In meiner Studie „Stufen der Souveränität“ analysierte ich 1992 unter anderem auch die geschichtlichen Phasen der territorialen Expansion Russlands als einer eurasischen Kolonialmacht. Mit der Auflösung der Sowjetunion seien nicht nur, so schrieb ich, die westlichen ehemaligen Republiken der Sowjetunion, sondern auch die Dritte Welt-Völker der Sowjetunion im Kaukasus und in Zentralasien zu eigener Staatlichkeit aufgebrochen. Ich bezweifelte bereits

18 Zu meinem damaligen Aufenthalt in der Sowjetunion: Ludger Kühnhardt, Verknüpfte Welten. Notizen aus 233 Ländern und Territorien. Band 1 (1960-1999), Wiesbaden: 2021, Seite 285.

19 Derselbe, Interview: Zur Lage im Baltikum nach der Einführung einer estnischen Währung, in: Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 22. Juni 1992.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

damals, dass mit der formalen Beendigung der Sowjetunion „die Korrosion der Sowjetunion“ zum Abschluss gekommen sei. Vielmehr müsse davon ausgegangen werden, dass in den gewaltigen Räumen des größten Flächenstaates der Welt „das Territorialstaatsprinzip noch keineswegs allerorten saturiert worden ist.“²⁰ Im Dezember 1994 begann der erste Tschetschenienkrieg.

Anders als die meisten war ich stets eher von Boris Jelzin als von Michail Gorbatschow angetan, der auch mir durchaus sympathisch war. Am 12. und 13. Juni 1989 erlebte ich Gorbatschow in der Villa Hammerschmidt bei der Begrüßung durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und danach unter „Gorbi, Gorbi“-Rufen auf dem Bonner Marktplatz. Gorbatschow eröffnete Wege zur Auflösung des Kalten Krieges. Aber: Gorbatschow wollte letzten Endes einen reformierten Leninismus für sein Land. Jelzin hingegen schien mir intuitiv einen europäischen Weg von Russland zu präferieren, bei dem Russland letzten Endes ein nichtimperialer und demokratischer Partner in Europa werden könnte. Ausgerechnet an dem Tag, am 11. Mai 1994, als ich Russlands Präsidenten Boris Jelzin und seiner Frau beim Staatsbankett von Helmut Kohl auf dem Petersberg bei Bonn die Hand drücken konnte, erschien mein Aufsatz „Der Osten des Westens und die ‚russische Frage‘“.²¹ Im „Europa-Archiv“ argumentierte ich, dass die mittelöstlichen Staaten Europas nie gänzlich mit ihren gemeineuropäischen Traditionsbeständen gebrochen hatten. Russland demgegenüber habe die Stellung Deutschlands aus der Zeit zwischen Kaiserreich und Bonner Republik eingenommen: Sowohl in Bezug auf die innere Ordnung als auch hinsichtlich der außenpolitischen Interessenlage sei die „deutsche Frage“ durch die „russische Frage“ ersetzt worden.

Die Länder, die ich als Osten des Westens bezeichnete, drängten zurück nach Europa. Russland hingegen sei zwar im Begriff einer Modernisierung, die gleichwohl unterschieden werden musste von einer Verwestlichung. Moder-

20 Derselbe, Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der „Dritten Welt“, Bonn/Berlin: Bouvier 1992, Seite 366.

21 Derselbe, Der Osten des Westens und die "russische Frage", in: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, 49. Jahr, Folge 9, 10. Mai 1994, Seite 239-247.

nisierung verlange eine „Konversion der eigenen Ordnung in Staat und Gesellschaft aus den Ressourcen der vorhandenen Strukturen und Traditionen...‘Modernisierung‘ ist mithin ein eher formaler und technischer Vorgang, der normative Prämissen und Perspektiven in den Hintergrund stellt.“

²² Ich diskutierte die Begriffe von Liberalität und Autorität, die Rolle des Staates und der Bürokratie, die Idee der Rationalität, der Ökonomie und der Ziele der Bildung. Ich erinnerte daran, dass nach der Oktoberrevolution die vom bolschewistischen Russland unterworfenen Völker die Modernisierung der Sowjetunion als Entwestlichung empfunden hatten. Ich verglich die russische Ausgangslage mit den Entwicklungen in Japan im 19. und im Osmanischen Reich im 20. Jahrhundert. „Was aber will Russland?“, fragte ich kritisch.²³ Entscheidend würde aus westlicher Sicht bleiben, wie Russland es mit der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker halten würden: „Mit einem modernisierten Russland können Interessenübereinstimmungen, aber ebenso Interessendivergenzen entstehen, die aus anhaltenden Wertunterschieden und/oder strategischen Vorstellungen erwachsen.“²⁴ Ich wies darauf hin, dass zu einem modernisierten Russland zweifellos auch eine modernisierte Armee gehören dürfte. „Was aber ist von ihr zu erwarten? Deutet sich im nebulösen Wort von dem Einflußanspruch über das ‚nahe Ausland‘ schon die modernisierte Sicherheitskonzeption eines Landes mit ‚ewigen Ansprüchen‘ an?“, fragte ich besorgt.²⁵ Ich mahnte Realpolitik und geschichtliche Erfahrung an. Russland selbst diene westliche Klarheit und verlässliche Bereitschaft zur Partnerschaft, wenn Russland sie denn wolle. Daher sei auch richtig, die NATO „Partnerschaft für den Frieden“ Russland anzubieten. Ebenso wäre eine Mitgliedschaft Russlands in der G7-Gruppe der führenden Weltwirtschaftsländer vernünftig, schrieb ich 1994.

Zugleich aber müsse, so schrieb ich 1994, über die damals aufgrund der Sicherheitsbedürfnisse der postkommunistischen Länder an Fahrt aufnehmende Frage der EU- und der NATO-Osterweiterung hinaus gefragt werden:

22 Nachgedruckt wurde der Aufsatz in: Derselbe, Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn: Bouvier 1995, Seite 207-219, hier: 210f.

23 Ebenda, Seite 212f.

24 Ebenda, Seite 214.

25 Ebenda, Seite 214.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Gehört nicht auch der Staatengürtel von Belarus bis Albanien zu Mitteleuropa? Können diese Länder vielleicht doch nur dann, wenn auch sie vollständig und unzweifelhaft in den westlichen Strukturen verankert sein würden, eine Brücke der Verständigung zwischen dem Westen und Russland sein? Und, fragte ich dann weiter: „Wäre es nicht auch eine Perspektive für die Ukraine, die in ihrem westlichen Gebiet eher nach Westen, in ihrer östlichen Hälfte eher nach Russland orientiert ist?“²⁶ Die Komplexität der Lage der Ukraine, die ich 1993 erstmals besucht hatte, war mir schon 1994 völlig bewusst. Vorrangig bleib es daher für mich, dass das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und mithin auch für die Ukraine garantiert und geschützt werde.

Hinsichtlich des weiteren Weges und der Ambitionen Russlands blieb ich jederzeit skeptisch.²⁷ Vom 13. bis 17. Mai 1999 war ich in Moskau, unter anderem begleitet von Karl Dietrich Bracher und Hans-Adolf Jacobsen. Auf unsere Initiative hin führte das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) zusammen mit der Russischen Akademie der Wissenschaft eine große Tagung zum Thema durch „Deutschland und Russland: Auf dem Weg zum antitotalitären Konsens“.²⁸ Die Ergebnisse des Austausches mit russischen Historikern, Juristen, Dissidenten und Studierenden waren in akademischer Hinsicht verhalten ermutigend. Aber die gedrückten Seelen der Studierenden, die unseren wissenschaftlichen Vorträgen und Diskussionen aufmerksam folgten, vorwiegend ängstlich und noch immer indoktriniert, wenn sie eigene Positionen formulierten, gingen mir nie wieder aus dem Kopf. Würden die Regierenden ihnen helfen, wirklich den aufrechten Gang

26 Ebenda, Seite 218.

27 Derselbe, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München: Olzog Verlag 1994, Seite 233- 256 („Perestroika: Die „erfolgreich gescheiterte“ Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung); Seite 278-296 (Postkommunismus: Inkubation für alt-neue ideologische Viren inmitten geostrategischer Veränderungen).

28 Derselbe/ Alexander Tschubarjan (Hrsg.), *Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens*, Baden-Baden: Nomos Verlag 1999, darin: Ludger Kühnhardt, *Von der Last der Geschichte zur Last der Gegenwart*, Seite 7-12.; der Band erschien auf Russisch als: *Rossija i Germanija na puti k antitotalitarnomu so-glasiju*, Moskau 2000, Mein Beitrag als: *Ot osoznanija tjazesti istorii k osoznaniju dolga pered nastrojascim*, Seite 7-14.

freier Menschen zu gehen? Bracher und ich verglichen die Lage in Russland 1999 mit derjenigen der Weimarer Republik kurz vor ihrem Zerfall. Ich blieb skeptisch hinsichtlich der Prognosen für das eurasische Land. In der Kulisse stand in diesem Mai 1999 bereits Wladimir Putin, damals Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Am 9. August 1999 ernannte Präsident Boris Jelzin seinen angeblichen Wunschkandidaten Putin zum Ministerpräsidenten. War diese Lesart wirklich zutreffend, habe ich mich seither immer wieder gefragt? Oder hatte sich der Geheimdienst gegen einen schwachen und zunehmend alkoholkranken Präsidenten durchgesetzt? Wird die Welt die Umstände über diese Machtübernahme Russlands durch den Geheimdienst jemals erfahren?

Am 1. Oktober 1999 sandte Putin russische Armeeeinheiten über die Grenze zur russischen Teilrepublik Tschetschenien. Es ging nach Putins Worten um die „Bekämpfung von 2000 Terroristen.“ Der Zweite Tschetschenienkrieg begann. Er dauerte bis 2009 und führte nicht zur Dekolonialisierung wie in vielen anderen Fällen auf der Erde, wo der Ruf nach Selbstbestimmung gegenüber einer Kolonialmacht sich hatte durchsetzen können. Am 7. Mai 2000 wurde Wladimir Putin zum russischen Staatspräsidenten gewählt. Spätestens im Kreml umgab Putin sich immer deutlicher mit Männern aus den Geheimdiensten und Sicherheitsorganen, den sich gegenseitig beargwöhnenden und machtpolitisch im Schach haltenden „Solowiki“. Warum reagierte die westliche Politik nicht frühzeitiger und kritischer auf wissenschaftliche Analysen über die Herrschaft der Geheimdienste in Russland, die in Deutschland bereits 2004 (Margareta Mommsen) und weltweit mit journalistischem Aplomb seit 2020 (Catherine Belton) vorlagen?²⁹ Warum muss auch drei Jahrzehnte nach Ende der Sowjetunion noch immer die stümperhafte Pseudopsychologie der symbolischen Spekulation von Körpersprache, Sitzordnungen und Nicht-Gesagtem herhalten, um Vermutungen über das Innenleben im Kreml anzustellen?

29 Margareta Mommsen, *Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht*, München: C.H.Beck, 2004; Dieselbe, *Das Putin-Syndikat: Russland im Griff der Geheimdienstler*, München: C.H.Beck, 2017; Catherine Belton, *Putin's People. How the KGB Took Back Russia and Then Took on the West*, New York: Farrar, Straus and Giroux, 2020.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Eines ist jedenfalls eindeutig: Seitdem Putin an der Spitze Russlands steht, ist die Haltung des gelernten Geheimdienstmannes zum Thema Selbstbestimmung und Freiheit jedem bekannt. Aus Haltungen wurden feste Ideologien. Aus Handlungen einer defekten Demokratie wurde ein totalitäres System. Der 22. Februar 2022 bestätigte den einhundert Jahre alten russischen Epochenbruch mit der gemeineuropäischen antiimperialen Entwicklung, ja mit der universell verbrieften Entwicklung des Völkerrechts. Die Fortschrittsfrage ist in Russland noch immer nicht beantwortet. Sie wird nicht einmal mehr gestellt. Russland machte 2022 eine Rolle zurück, heraus aus nahezu allen gemeinsamen Vereinbarungen eines humanen, politischen und zivilisatorischen Fortschritts.

Der russische Imperialismus des 21. Jahrhunderts bedeutet den Rückfall in politische Verhaltensmuster des 18. oder 19. Jahrhundert. Gemeint ist damit die Rückkehr zu einer Form der Interessendurchsetzung von Machtstaaten, die die brutale Anwendung von Gewalt als legitime Fortsetzung der Politik für die Ausdehnung ihrer Einflusssphären betrachten. Das Wort Imperialismus muss eigentlich durch das Wort Kolonialismus ersetzt werden. Es ist eine kolonialistische Gesinnung, die die hegemonial inspirierten Ausweitungen seit den Expansionen Russlands über den Ural hinweg bis an den Pazifischen Ozean und tief in den Kaukasus hinein angetrieben hat. Die Erinnerung an die strategische Bedeutung Eurasiens, wie sie 1904 erstmals Halford Mackinder formuliert hat³⁰, ist hilfreich, um die geopolitische Denkweise einzuordnen, die Putin auch seinen westlichen Gesprächspartnern immer wieder vorgetragen hat, häufig überhöht durch kulturelle Argumente gegen einen vermeintlich dekadenten und dem Untergang geweihten Westen. Die angebliche, von ihm immer wieder thematisierte Schmähung Russlands durch die Auflösung der Sowjetunion bedeutet, dass Putin und die Strategen in seinem Regime Russland nicht länger in Europa verorten, sondern als Zentrum Eurasiens definieren. Mit der Eurasien-Ausrichtung Russlands ist nicht nur die geopolitische Abkehr von Europa gemeint, sondern auch die

30 Halford Mackinder, The Geographical Pivot of History, in: The Geographical Journal, Vol.170/No.4, April 1904, Seite 298-321, online unter: file:///C:/Users/KHNHAR~1/AppData/Local/Temp/20131016_MackinderTheGeographicalJournal.pdf.

Abkehr von der europäischen politischen Philosophie seit der Aufklärungszeit verbunden. Russland hat sich im Zeichen des Putinschen Totalitarismus – jedenfalls einstweilen – von Europa und seinen Traditionen verabschiedet. Die völkische Überhöhung der russischen Welt durch die russisch-orthodoxe Kirche (die bereits 2008 aus der Konferenz Europäischer Kirchen austrat und seither einen ethno-nationalistischen Kurs verfolgt) gehört zu den geistigen Kulturbrüchen hinzu, die im Zeichen des Putinismus nicht erst seit dem 24. Februar 2022 forciert werden. Das Projekt der Eurasischen Union als mystisch überhöhtes Gegenmodell zur EU repräsentiert eine Neuordnung der Kontinente und sowohl ihrer geographischen wie ihrer geistig-politischen Grenzlinien.³¹

Die Argumente, die Putin zur Begründung seines Angriffskrieges auf die Ukraine angeführt hat, haben Europa zurück ins 20. Jahrhundert bombardiert. Der Zweite Weltkrieg geht weiter, so wollte Putin Glauben machen. Zu seinem skrupellosen Strategiearsenal gehört es, unsägliches Leid über unschuldige Menschen zu bringen. Neben den Folgen brutaler Bombardierungen auf zivile Ziele ist die kalte Verachtung zu nennen, mit der Menschen vertrieben werden. Über sechs Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge innerhalb kürzester Zeit, viele davon Binnenflüchtlinge: Diese horrenden Zahlen drängen es auf, von der russischen Bereitschaft zur Anwendung des maximal menschenverachtenden Konzepts der „Bevölkerungsausmischung“ zu sprechen. Die Massenflucht von Ukrainern – in ihrem eigenen Land und ins Ausland – wurde nicht nur als Kollateralschaden eines Krieges hingegenommen. Sie war von Kriegsbeginn an ein beabsichtigtes politisches Instrument, um die Bevölkerungsausmischung zwischen Russen und „Nazi-Ukrainern“ zu forcieren. Die skrupellose Instrumentalisierung von Menschen gilt unter umgekehrten Vorzeichen ebenso für die zynische Nutzung von migrationsbereiten Menschen als hybride Waffe zur Destabilisierung der EU. Belarus, dessen Diktator Lukaschenko sein Land faktisch als aktive Kriegspartei an die Seite Russlands gestellt hat, ließ 2021 migrationswillige Menschen aus dem arabischen Raum an die belarussisch-polnische Grenze verbringen. Sie sollten mit illegalen Grenzübertritten Druck auf die EU auslösen und dort

31 Weiterführend: Winfried Böttcher, *Russland und der Westen*, Jüchen: Romeon Verlag, 2022.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Unruhe schaffen. Dies war keine spontane Aktion, sondern – laut Medienberichten – eine Anwendung der bereits 2010 von belarussischen und russischen Geheimdiensten geplanten „Operation Schleuse“.³²

Die Grauen des Überfalls auf die Ukraine sind zugleich ein schockierender Hinweis darauf, dass das Russland des 21. Jahrhunderts deutlich hinter alle Konzepte vom friedlichen, ja „brüderlichen“ Zusammenleben der Völker zurückfällt, wie es selbst Lenin formuliert hatte. Schlimmer noch: Putins Begründungen und die seiner Vertrauten in der Sprache der Nazis („Endlösung“, „totaler (hybrider) Krieg“) haben drastisch gezeigt, wessen Geisteskind das Putinsche russische Regime ist. Russland ist nach dem erhofften Ende der totalitären Erfahrung³³ und der erwartungsvollen Phase des Weges zu einem gemeinsamen antitotalitären Konsens mit den Staaten Europas in eine neue Variante totalitärer Herrschaft zurückgefallen:

- Ein Monopol in der Wahrheitsdeutung (harte Strafen für die Verwendung des Wortes „Krieg“).
- Ein Monopol in der Geschichtsdeutung (Verbot von „Memorial“).
- Ein Monopol bei der Zulassung oder Eliminierung von politischen Stimmen (einerseits „Kreml-Partei“, andererseits Ermordung von Boris Newzow oder Internierung von Michail Chodorkowski oder Alexei Nawalny).

32 Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung, 3. November 2011; Frankfurter Rundschau 9. November 2011. Bei der Frage nach einer systematischen Auseinandersetzung mit den Ursachen von politisch motivierter Flucht und ökonomisch bedingter Migration haben die westlichen Länder noch immer keine grundlegende Neuorientierung ihrer politischen Ansätze gefunden. Es muss an erster Stelle um die Stärkung von Lebenschancen in der Heimat gehen. Dazu können – auch unter Bedingungen von Bürgerkriegen in großräumigen Staaten – Neugründungen von Städten einen wegweisenden Beitrag leisten. Bei einer anhaltenden Teilung der Ukraine wäre diese Option auch dort zu erwägen, damit Menschen, die aus russisch besetzten Gebieten fliehen mussten, sich und ihren Kindern in ihrer Heimat neue Lebenschancen aufbauen, nebst tragfähigen Infrastrukturen und neuen Wertschöpfungsketten, die mit Hilfe von Vorzugsregelungen auch in den EU-Binnenmarkt einbezogen werden können.

33 Karl-Dietrich Bracher, Die totalitäre Erfahrung, München: Piper 1987.

- Ein Monopol bei der Definition dessen, was legitime Gewalt ist (unter brutaler Missachtung des Lebens seiner eigenen in der Ukraine gefallenen Soldaten) und wer über Tod und Leben entscheidet (unter Nutzung der Androhung aller nur denkbaren Massenvernichtungswaffen).

Eigentlich dramatisch, ja besorgniserregend und geradezu gruselig an dem totalitären russischen Imperialismus des 21. Jahrhundert ist seine Basis in den russischen Geheimdiensten. Die russischen Zaren (Ochrana) wie die Bolschewisten (Tscheka/GPU) schufen sich Geheimdienste, um ihre Machtssysteme abzusichern. Putins Russlands ist indessen mehr als eine klassische Diktatur oder die Tyrannei eines Mannes, dessen Macht auch durch Geheimdienste abgesichert wird. Wladimir Putin ist der Kopf eines Systems, in dem sich verschiedene Geheimdienste einen ganzen Staat halten. Zugleich beschatten sich die Geheimdienste untereinander. Jeder misstraut jedem und das mit System. Alle Segmente und Sektoren des russischen Staates und seiner Gesellschaft sind taktische Instrumente in den Händen der Geheimdienste. Beim KGB begann Putin 1975 seine Laufbahn, erst in Petersburg, danach in Moskau, in Dresden, wieder in Petersburg und schließlich erneut in Moskau. Als Chef des unterdessen umbenannten Inlandsgeheimdienstes FSB (Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii/Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) trat Putin 1999 auf die politische Bühne. Seine tiefsten Bindungen (wenn dieses Wort für ihn überhaupt von Bedeutung ist) reichen in seine KGB-Zeit zurück. Dort liegt zweifelsfrei die Wurzel seines Verständnisses von Staat und Gesellschaft: Staat und Gesellschaft sind taktische Instrumente, die zur skrupellosen und grenzenlosen Erhöhung der russischen Macht eingesetzt werden dürfen und werden sollen. Die orthodoxe Kirche, die Oligarchen, die Medien, die Armee, die Bevölkerung selbst – sie alle können von diversen Geheimdiensten und Sicherheitsorganen als taktische Instrumente im Dienst der Macht und Ehre Russlands eingesetzt und mithin missbraucht werden.

In der Weltgeschichte ist es ein Novum, dass sich ein Geheimdienst ein ganzes Land hält. Dass es sich dabei um den größten Flächenstaat der Erde handelt, wird nicht dadurch relativiert, dass das Bruttosozialprodukt Russlands

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

nur zwölf Prozent desjenigen der EU umfasst (Tendenz fallend). Im Gegenteil: Die armen Russen mögen an solchen Zahlen vorbeisehen und die reichen „Oligarchen“ ebenfalls. Aber für die Geheimdienste, die sich diesen russischen Staat systematisch angeeignet haben, ist die Diskrepanz zwischen Größe und Schwäche bedeutsam. Die Geheimdienste haben bald nach dem Ende der Sowjetunion den Staat übernommen, dem die Idee seiner selbst abhandengekommen war. Jelzin war zu schwach, um Russland zu einem „normalen“ europäischen Staat zu transformieren. Man ist versucht zu vermuten, schon sein Machtverzicht 1999 und die Inthronisierung von Putin, zunächst als Ministerpräsident und alsbald als Staatspräsident, waren Schachzüge einer Geheimdienstoperation. Die Geheimdienste wussten jedenfalls seither jederzeit, was sie an Putin im Kreml haben. Putin hatte Russland übernommen.

Seither ist in der russischen Politik alles möglich und ebenso das Gegenteil. Täuschung, Lüge, Betrug und Gewalt steigern sich wechselseitig. Parallele Deutungen der eigenen Absichten, seine Methoden der Vernebelung, Einschüchterung und Bedrohung aller, die nachfragen, gehören zum Instrumentkasten. Ihn beherrschen Putin und seine regimetragenden Mitstreiter perfekt. Geheimdienste und ihre Rolle waren bisher nur sporadisch Gegenstand historischer Betrachtungen.³⁴ Keine westliche Demokratie und auch keine westliche Regimetheorie hat sich jemals systematisch mit dem Machttypus befasst, bei dem ein Geheimdienst sich einen ganzen, in der Machtorganisation vollständig totalitär zugerichteten Staat hält. Wo soll man angesichts dieser großen Leerstelle in der westlichen Analyse politischen Systeme hinschauen, um besser durch den Nebel zu stoßen, der eine Macht verschleiert, die solange sie besteht, Russland keine gute Zukunft und dem Westen keine Sicherheit bietet? Die Bonner Zeitgeschichtsforschung bietet einen bisher unerschlossenen Einstieg in die Spurensuche, um eine erste, durchaus ungewöhnliche Annäherung an die Antwort auf diese drängende Frage zu finden.

34 Beispielsweise: Wolfgang Krieger (Hrsg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München: C. H. Beck, 2003.

III. Geheimdienste: Vom Polit-Thriller zur totalitären Regimeform

Zu den unentdeckten Schätzen der Zeitgeschichtsschreibung gehört das Buch „Phantastische Wirklichkeit“ des 2017 verstorbenen Bonner Historikers Hans-Peter Schwarz. Das Buch aus dem Jahr 2006 trägt den Untertitel „Das 20. Jahrhundert im Spiegel des Polit-Thrillers“. ³⁵Man könnte meinen, dieses Buch sei der Hobby-Laune eines altersmilden Gelehrten entsprungen, der damit eine seiner unbekannteren Leidenschaften preisgab. Wie es seine Art war, hat Hans-Peter Schwarz seine Leidenschaft der Lektüre von Polit-Thrillern schließlich systematisiert und zu Papier gebracht. Zu entdecken ist nicht nur ein mit seinen 344 Seiten eher kleines Büchlein aus der Feder von Hans-Peter Schwarz. Zu entdecken ist eine geradezu gruselige Folie, um sozusagen im Rückspiegel durch das westliche Geheimdienst-Thriller-Genre hinter die Nebelwand der russischen Geheimdienstpolitik zu denken. Dazu braucht es nur wenig Phantasie und einen Sinn für spiegelverkehrte Wirklichkeit, will sagen: Sinn für die Übersetzung der Wirklichkeit aus der Phantasie von westlichen Thriller-Autoren in die Welt von Putins Russlands.

Hans-Peter Schwarz hat den Kontext des literarischen Genres ausgedeutet, das es ihm angetan hatte: „Gattungsgeschichtlich betrachtet, sind die modernen Agenten- und Polit-Thriller nicht nur eine Variante des Abenteuerromans. Zugleich muß man sie auch als Variante des Kriminalromans begreifen. In strafrechtlicher Hinsicht sind Landesverräter, ausländische Spione, angeheuerte Killer und gar Hochverräter, denen die Helden des Agententhiller das Handwerk zu legen haben, Kriminelle. Doch auch die unkonventionellen Methoden, denen sich die Agentenabwehr bedient oder auf die der Thriller-Held zum Zweck der Selbstverteidigung rekurriert, sind häufig strafbewehrte Delikte, für die korrekte Richter rasch ein paar hundert Jahre Zuchthaus zusammenaddieren würden! Während sich aber die ordinäre Detektivgeschichte um private Verbrechen dreht, begangen aus Geldgier, aus

35 Hans-Peter Schwarz, Phantastische Wirklichkeit. Das 20. Jahrhundert im Spiegel des Polit-Thrillers, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2006.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Eifersucht, aus Sadismus oder auch Schlimmerem, drehen sich die Agenten- und Polit-Thriller um Staatsverbrechen.“³⁶

Was wäre, wenn nicht der Staat die Verbrechen, sondern die Verbrecher den Staat in Szene setzen? Würde es für die Erhellung der westlichen Sicht auf das Putinsche System der totalitären Machtmonopolisierung nicht helfen, die Anregungen zu durchforsten, die Hans-Peter Schwarz bisher weithin unentdeckt hinterlassen hat? Wenn man mithin einige zentrale Passagen aus den Werken von westlichen Polit-Thrillern des 20. Jahrhunderts zu analytischen Zwecken auf den Putinismus des 21. Jahrhunderts übertragen würde, um dessen ganze Gefährlichkeit zu verstehen? Das ganze 20. Jahrhundert und mit ihm die Geschichten seiner Top-Agenten und Thriller-Autoren war bereits vorüber, als Schwarz 2006 zur Feder griff. Schwarz meinte keineswegs, nun könnte man sich zur Ruhe setzen. Im Gegenteil, das Böse war nicht auszulöschen, der Mensch war der Alte geblieben. Schwarz erahnte beim Blick auf die Zukunft, dass „auch im zeitgenössischen Thriller die Terrorwelten zunehmend bedrohlicher emporwachsen“.³⁷ Es gruselt den Leser des Jahres 2022, wenn er mit Schwarz zurückgeführt wird zum Blick auf eines der letzten Bücher von Eric Ambler. In „Mit der Zeit“ lässt Ambler 1981 einen der üblen Typen, die in diesem Buch so lebendig charakterisiert werden, „zweifelsfrei vorhersagen, daß in den kommenden fünfzig Jahren das letzte Jahrhundert noch einmal – nur zehntausendfach schlimmer – ablaufen wird.“³⁸

Ambler gehörte zu den weitsichtigen Thriller-Autoren, die ihre frühe Fixierung auf die europäischen Konflikte des 20. Jahrhunderts, den Ost-West-Konflikt und den Kalten Krieg frühzeitig auf Fragestellungen der Dritten Welt erweitert haben. Zunächst ging es bei ihnen darum, dass und wie sich der Ost-West-Konflikt auf die südliche Hemisphäre ausweitete. Früher als die meisten Wissenschaftler thematisierten Thriller-Autoren Identitätsfragen in den fragilen Staaten des globalen Südens, die bis heute häufig in tiefgreifenden Prozessen der Nationenentwicklung verwickelt geblieben sind.

36 Ebenda, Seite 306f.

37 Ebenda, Seite 311.

38 Eric Ambler, *Mit der Zeit*, Zürich: Diogenes Verlag, 1983 (1981), Seite 51, zitiert bei: Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O. Seite 311.

Frederick Forsyth erweiterte die Fragen des grassierenden Nationalismus im globalen Süden im Kontext des Niedergangs des britischen Imperiums frühzeitig auf die Entwicklungstendenzen im Raum der zerfallenden Sowjetunion. Was Putin später als Katastrophe beklagte und gegen allen Sinn der Geschichte revidieren wollte, fand Forsyth unaufhaltsam. 1979 erschien sein Thriller „Des Teufels Alternative“. Noch war die Sowjetunion eisenhart und solide. Noch war Afghanistan nicht überfallen, noch war Solidarność in Polen nicht geboren. Im Innern der Sowjetunion aber, so Forsyths Annahme, rumorte es bereits. Den sozialen Unruhen infolge schwelender Hungersnöte aufgrund verfehlter Landwirtschaftspolitik wollen die Hardliner in der sowjetischen Armee – so der Plot in dem Roman „Des Teufels Alternative“ – durch einen Überraschungsangriff auf Westeuropa zuvorkommen. In die anhaltenden internen Dispute greifen ukrainische Nationalisten ein. Sie kapern einen mit Rohöl gefüllten Supertanker, den sie in der Nordsee vor der holländischen Küste sprengen wollen. Sie verlangen die Freilassung einiger in Westberlin einsitzender Hijacker. Dies, so hoffen sie, könnte die Hardliner in Moskau zum Angriff bewegen. Westen wie Osten sitzen in einer tiefgreifenden Falle. Forsyth wurde prophetisch: „Eines Tages,“ ließ er einen ukrainischen Nationalisten sagen, „vielleicht schon bald, wird das russische Reich zerbrechen. An einem nicht mehr fernen Tag werden die Rumänen sich auf ihren Patriotismus besinnen – und die Polen und die Tschechen ebenso. Dann werden die Deutschen und die Ungarn folgen. Und die Balten und Ukrainer, die Georgier und die Armenier. Das russische Reich wird zerfallen, wie das Römische Reich und das britische Empire zerfallen sind, weil ihre Herrscher in ihrem Machtanspruch unersättlich waren.“³⁹

Forsyths Bücher waren antisowjetisch, aber er ließ auch am Westen kein gutes Haar. In „Der Unterhändler“, 1989 erschienen, bringen, wie Schwarz schreibt, Politiker und Marschälle aus dem militärisch-industriellen Komplex beider Supermächte die Welt „mit Mafia-Methoden, auch unter Mobilisierung der originalen korsischen Mafia“⁴⁰ an den Abgrund. Schwarz

39 Frederick Forsyth, *Des Teufels Alternative*, München: Piper, 1979, Seite 441, zitiert bei Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 221f.

40 Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 223.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

sprach von „halbverrückten Schiessbudenfiguren“,⁴¹ so wie sich mancher Analyst später damit schwergetan hat, Putins Charakter seriös auf den Begriff zu bringen. Der Welt stehen in diesem Thriller neuartige atomare, biologische und chemische Waffen ins Haus, deren Weiterverbreitung die Welt so schaudern lassen wird, „daß die Jahre des Kalten Krieges uns als friedliches, geruhames Zeitalter erscheinen“.⁴² Forsyth schaute weiter hinein in die Glaskugel einer offenen Zukunft. 1996 publizierte er „Das Schwarze Manifest“.⁴³ Es geht in dem Roman darum, dass Russland unter Präsident Boris Jelzin so sehr ins Straucheln gerät, so dass, wie Schwarz zusammenfasst, „ein demagogischer und gleichzeitig pathologischer Parteiführer mit charismatischer Verführungskraft auf die Massen im Jahr 2000 die Präsidentschaft erringen wird.“⁴⁴ Ein Hitler stehe vor der Tür Russlands, so warnte Forsyth also bereits 1996. Das Land stecke in einem Entwicklungsstadium wie die Weimarer Republik. Dem Demagogen steht in dem Thriller ein Folterknecht zur Seite, der sein Handwerk beim KGB gelernt hat. Ein geheimer Club „altgedienter, entschlossener Staatsmänner und Geheimdienstchefs“ – darunter ist die Eiserne Lady Margaret Thatcher – beschließt, den russischen Hitler, die neue Inkarnation des Bösen, „noch vor seiner Machtergreifung zu eliminieren“.⁴⁵ Im Lichte der Entwicklungen seit Putins Machtübernahme 1999/2000 überrascht eigentlich nur das Diktum von Hans-Peter Schwarz, Forsyth sei mit diesem Buch eine „Fehlprognose unterlaufen, zumindest Fehlprognose auf mittlere Sicht.“⁴⁶ Man wüsste gerne mit dem heutigen Wissen über den seit 1999/2000 agierenden Mann an der Spitze Russlands, was Schwarz mit diesem vorschnellen Verdikt genau gemeint hatte. Die Wirklichkeit ist der Phantasie eines Thriller-Autors jedenfalls nähergekommen als man sich wünschen würde.

Mit seiner Skizze über Tom Clancy sprang Hans-Peter Schwarz ins 21. Jahrhundert. Clancy hatte 1994 hellseherisch eine Katastrophe geschildert, die

41 Ebenda.

42 Frederick Forsyth, Die Faust Gottes, München: C. Bertelsmann, 1994, Seite 639, zitiert bei Hans-Peter Schwarz, Phantastische Wirklichkeit, a.a.O., Seite 224.

43 Frederick Forsyth, Das schwarze Manifest, München: C. Bertelsmann, 1996.

44 Hans-Peter Schwarz, Phantastische Wirklichkeit, a.a.O., Seite 225.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

gruselig nahe an die späteren Ereignisse des 11. September 2001 herankam.⁴⁷ Clancy ist „Meister der Techno-Thriller“ attestierte Schwarz.⁴⁸ 1986 ließ Clancy in „Red Storm Rising“ den Dritten Weltkrieg ausbrechen.⁴⁹ Die Einzelheiten sind eigentlich unwichtig. Ein Angriffskrieg aus Verzweiflung über das eigene Versagen und die eigene Schwäche soll die NATO zerschlagen und Russland den Weg zu den Ölfeldern am Persischen Golf eröffnen. Hans-Peter Schwarz erzählt den Inhalt weiter: „Eine Maskirovska soll dabei helfen. Während die Rote Armee unter strengster Geheimhaltung die Invasion Westeuropas vorbereitet, blasen die sowjetischen Diplomaten Entspannungsschalmeien und machen weitgehende Vorschläge zur streng kontrollierten, sehr weitreichenden Abrüstung der beiderseitigen Nukleararsenale“.⁵⁰ Schwarz weist darauf hin, wie sehr Forsyth auch in „Das Echo aller Furcht“⁵¹ auf die Psychogramme der Politiker, Geheimdienstexperten und Offiziere achtet.⁵² In den westlichen Perzeptionsanalysen Russlands, jedenfalls den öffentlich zugänglichen, ist bis heute dieses Thema, vor allem im Blick auf besagte Geheimdienstexperten, eine Leerstelle.

Für Clancy entwickelt sich der Planet seit der Jahrtausendschwelle nicht in die Richtung einer neuen Weltordnung mit ewigem Friedensversprechen. Clancy sieht Großmächtkämpfe aufziehen. Seit den Tagen von Erskine Childers – der 1903 mit seinem antideutschen Spionage-Roman „Das Rätsel der Sandbank“ das Genre eröffnete⁵³ und dem Hans-Peter Schwarz die erste Skizze seines Buches gewidmet hat⁵⁴ – siegt am Ende immer die gute Sache des Westens. Zunächst sind die Briten, später die Amerikaner die Anführer der freien Welt. Schwarz spricht von *littérature engagée*.⁵⁵ Er sieht auch Tom Clancy „als Propagandist des amerikanischen Imperiums, das von allen

47 Tom Clancy, *Befehl von oben*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1996.

48 Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 263.

49 Tom Clancy, *Red Storm Rising*, dt.: *Im Sturm*, München: Goldmann, 1986.

50 Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 270.

51 Tom Clancy, *Das Echo aller Furcht*, München: Blanvalet, 1992.

52 Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 272.

53 Erskine Childers, *Das Rätsel der Sandbank. Ein Bericht des Geheimdienstes*, Zürich: Diogenes, 1975.

54 Hans-Peter Schwarz, *Phantastische Wirklichkeit*, a.a.O., Seite 17-35.

55 Ebenda, Seite 9.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Seiten bedroht wird, aber jedes Mal obsiegt, weil es die gerechte Sache und den tapferen Idealismus der Amerikaner verkörpere“.⁵⁶

„Im Zeichen des Drachen“⁵⁷ folgt die ultimative Pointe: In einer hyperdemokratisierten USA findet der Aufstieg des Jack Ryan vom Geheimdienstagenten zum amerikanischen Präsidenten statt. Ein hispano-amerikanischer Aufsteiger nimmt den Weg vom Absolventen der Militärakademie, mit Computerkenntnissen und Expertise auf den internationalen Finanzmärkten ausgestattet, über allerhärteste Kommandoeinsätze bei den Marines und Analytiker-Erfahrungen bei der CIA, ins Weiße Haus. Vom Geheimdienstler zum US-Präsidenten, das ist bei Clancy die ultimative Karrierepointe eines Polit-Thrillers. Bei Wladimir Putin war genau dies die reale Wirklichkeit beim Aufstieg zum mächtigsten Mann Russlands, das er zum Sowjetimperium zurückbomben möchte. Ob in seinen Geheimdiensten die westlichen Polit-Thriller des 20. Jahrhunderts ähnlich gelesen und auf die eigenen russischen Interessen so übertragen wurden wie Sentenzen und Gedanken aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“? „Die Wirklichkeit ist nicht nur viel phantastischer, als wir denken, sie ist auch viel phantastischer, als wir sie uns vorstellen können,“ zitiert Hans-Peter Schwarz den früheren Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Wessel.⁵⁸ Das Buch von Hans-Peter Schwarz ist spannende Lektüre mit zeitgeschichtlichem Tiefgang. Zugleich ist dieses Buch als bedrückende Realfiktion eine Hilfestellung bei der Perzeption der Gefahren, die von Russland im Zeichen des Putinismus ausgehen.

IV. Russlands Unberechenbarkeit und Europas strategische Antworten

Westliches Wissen über die realen Machtverhältnisse in Russland hat sich seit den Tagen der Sowjetunion nicht grundlegend verbessert. Die Machtverhältnisse hinter den dicken Mauern des Kremls sind im Zeitalter des Putinschen Totalitarismus womöglich noch undurchdringlicher als zur Zeit der Sowjetunion. Noch immer wird im Westen vorwiegend spekuliert, wenn es

56 Ebenda, Seite 277.

57 Tom Clancy, Im Zeichen des Drachen, München: Heyne, 2000.

58 zitiert bei Hans-Peter Schwarz, Phantastische Wirklichkeit, a.a.O., Seite 104.

um die Deutung der inneren Mechanismen der Machtstabilität in Russland und um das mögliche Ende von Präsident Putins Macht geht. In Ermangelung von Transparenz und Sachlichkeit muss die Auslegung von Symbolen und Körpersprache als Projektionsfläche eigener Erwartungen herhalten. Da überprüfbares Wissen über die Machtstrukturen und die Denkprozesse im innersten Kern der russischen Führung fehlt, muss westlichen Geheimdienstlerkenntnissen mehr als üblich vertraut werden, ohne dass Desinformationen oder Kenntnisdefizite auf deren Seite überprüfbar wären. Dabei gilt für alle Beteiligten auf allen Seiten: Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit. Über die Zukunft des Putinismus in Russland kann daher seriös nur in Form von Machtoptionen reflektiert werden.

Option 1: Implosion des Putinismus durch Elitenwechsel innerhalb der Machtelite. Alles beginnt mit der Frage, ob es in einem solchen System einen friedlichen Machtwechsel geben kann oder der Weg des Tyrannenmordes unausweichliche Voraussetzung für einen Machtwechsel bleibt. Welche Personen oder welche Strukturelemente innerhalb des Machtapparates Wladimir Putin stürzen könnten, ist ebenso unklar wie die Beantwortung der Frage, was Auslöser für eine solche Palastrevolution sein könnte. Ebenso unberechenbar sind die möglichen Folgen eines solchen Machtwechsels. Die Auswirkungen bewegen sich auf einer Skala zwischen weniger guten und vollständig schlechten Tendenzen: Bestenfalls dürfte sich nach einem Sturz Putins an den faktischen Verhältnissen in Russland nur wenig ändern. Gleichwohl könnten neue Köpfe des fortbestehenden Systems den Russen und dem Westen kosmetischer Wandel als substanzielle Veränderung präsentieren. Im schlechtesten Falle könnte ein Sturz Putins zur Implosion seines Herrschaftssystems und zu langanhaltenden Machtkämpfen zwischen unterschiedlichen Fraktionen und Sicherheitsorganen führen. Dass solche Machtkämpfe von geheimdienstlich versierten Elementen geschickt instrumentalisiert werden, um die Machtspannungen unter den Führungseliten auf die breitere Bevölkerung oder einzelne ihrer Teile zu verlagern, ist nicht auszuschließen. Solche Vorgänge könnten bis zu bürgerkriegsartigen Unruhen in Russland eskalieren. Die Einzelheiten der Entwicklungen in Rumänien und in Jugoslawien Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre dürften sich in Russland nicht automatisch wiederholen. Aber einzelne Facetten dieser eher

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

beunruhigenden Erfahrungen sind beim weiteren Weg Russlands nicht ausgeschlossen, wenn es zu einem Sturz Putins oder sogar zur Implosion des von ihm kontrollierten Machtsystems kommen sollte.

Option 2: Revolte der Bevölkerung gegen den Putinismus. Nach dem Ende der Sowjetunion haben sich verschiedene zivilgesellschaftliche Kräfte zusammengefunden, um zur Erneuerung der tiefgreifend schädlichen russischen politischen Kultur beizutragen. Das Spektrum reichte von der selbstkritischen Aufarbeitung der russischen Geschichte („Memorial“) über liberale Entwürfe für Staat und Gesellschaft (Boris Nemzow) bis zur Verfolgung der Korruption innerhalb der Machtelite (Nawalny-Bewegung). Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich zivilgesellschaftliche Kräfte immer wieder neu erheben, um „das gute Russland“ zur Geltung zu bringen. Sie dürften indessen nur dann machtpolitisch relevant werden, wenn das Herrschaftssystem in seinem innersten Kern implodiert ist oder so geschwächt wäre, dass eine erfolgreiche Bürgerrevolte überhaupt in den Bereich realistischer Chancen zur Machtergreifung kommen könnte. Ein friedlicher und tiefgreifend wirkungsvoller Systemwechsel an den Wahlurnen gehört zu den Wunschvorstellungen liberaler Analysten. Tatsächlich bleibt ein friedlicher Systemwechsel hin zu liberal-demokratischer Rechtsstaatlichkeit in Russland auf lange Zeit schwer vorstellbar. Es fehlen dafür nicht nur ausreichend mutige Menschen, sondern vor allem die strukturellen Voraussetzungen (Bürgertum, politische Kultur, Ordnungskräfte), um einen solchen Weg abzusichern. Solche strukturellen Bedingungen können wachsen, aber sie brauchen Zeit. Die Hoffnung auf eine Wiederholung der Wege, die in Polen, in der DDR oder in den baltischen Staaten stattgefunden haben, ist vor allem so lange gering, wie der Machtapparat des Putinismus über ausreichende Repressionsmittel verfügt. Machtwechsel hieße daher in Russland nicht zwingenderweise Systemwechsel. Von einer parlamentarischen Entwicklung mit Transparenz, Rechtssicherheit und der Aufarbeitung bisherigen Unrechts dürfte Russland auf lange Zeit ebenso entfernt bleiben wie von einer Abkehr der Ordnungskräfte von Repressionsmethoden, die ihnen der Staat gegen seine eigenen Bürger abverlangt.

Option 3: Machtübernahme durch das Militär. Solange die Geheimdienst-Strukturen des Putinismus auch die Armee beherrschen, lässt sich militärisches Versagen leicht auf die Verantwortlichen in der Armee abwälzen. Allerdings: Sollte der Aderlass der Armee infolge eines anhaltenden Fehlmanagements der „militärischen Sonderoperation“ in der Ukraine (wie der brutale Aggressionskrieg in Russland beschönigend genannt wird) so stark werden, dass auch die mittlere Hierarchieebene der Armee um ihr Wohlergehen fürchten muss und widerspenstig wird, können Aktivitäten im Sinne eines Militärputsches nicht ausgeschlossen werden. Nicht wenige Entwicklungsländer liefern Anschauungsmaterial, was, warum und wie eine Machtübernahme durch Kräfte des Militärs geschehen kann. Aufgrund der hybriden Struktur der russischen Armee (einerseits Berufssoldaten, andererseits Wehrpflichtige bzw. Reservisten) sind aber auch in diesem Falle die möglichen Folgeentwicklungen in Russland kaum vorherzusehen.

Diese eher unerfreulichen, aber keineswegs unrealistischen Optionen hinsichtlich der künftigen russischen Machtstrukturen bestimmten die denkbaren Auswirkungen auf die politische Handlungsweise Russlands. Auch diesbezüglich sei allein auf realistische Entwicklungsoptionen verwiesen:

Option 1: Dekolonialisierung Russlands und tiefgreifende innere Konflikte. Anhaltend bürgerkriegsartige Zerrüttungserscheinungen in Russland würden direkt die Sicherheit aller Nachbarstaaten und indirekt die Welt insgesamt betreffen. Die Einschränkung von Lieferungen ukrainischer Nahrungsmittel und russischer fossiler Rohstoffe haben schon bald nach Beginn des Ukraine-Krieges soziale und ökonomische Konsequenzen größten Ausmaßes in aller Welt ausgelöst. Dauerhafte Einschränkungen von Nahrungslieferungen aus Russland (seit 2017 größter Weizenexporteur der Welt) oder Unterbrechungen der russischen Transport-Infrastruktur (namentlich der Eisenbahn) wären gravierend, unter anderem auch für die Exekution der chinesischen Globalstrategie („Belt and Road-Initiative“). Kulturelle Spannungen innerhalb der Russischen Föderation (russisch-orthodoxe vs. muslimische Bevölkerungen) sind nicht auszuschließen.

Option 2: Eskalation der Aggression Russlands nach außen. Sollte die Zerstörungsbereitschaft im Putinschen Machtapparat völlig enthemmt werden,

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

so könnte selbst das Übertreten der roten Linie nicht ausgeschlossen werden, die die NATO setzt. Russland könnte im äußersten Fall NATO-Territorium hybrid oder direkt angreifen. Jede russische Aggressionsausweitung auf das Territorium der NATO würde sofort deren wechselseitige Beistandsverpflichtung aktivieren. Dass die Zerstörungsbereitschaft eines in die Enge getriebenen totalitären Regimes die Möglichkeit der Selbstzerstörung einschließt, ist leider nicht denkbar. Hochgradige und jederzeit verfügbare Abschreckungsfähigkeiten der NATO sind daher die einzige militärische Garantie gegen eine derartige russische Kamikaze-Politik.

Option 3: Fortführung des Status Quo in einem Kalten Krieg 2.0: Sollte das Putinsche Herrschaftssystem über den Ukraine-Krieg hinaus fortbestehen (was mit oder ohne Putin selbst an der Staatsspitze eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich ist), muss mit einer dauerhaften Neuauflage des Kalten Krieges gerechnet werden. In diesem Falle wird der Westen seine bereits begonnene Strategie der Isolation Russlands maximieren. Russland seinerseits dürfte auf lange Zeit mit maximalen Drohgebärden antworten und seinerseits alle verfügbaren Abkoppelungen vom Westen unternehmen. Sicherheit vor Russland dürfte auf sehr lange Zeit alle denkbaren Wünsche einer Ordnung der Sicherheit mit Russland verhindern. Abschreckung wäre bestenfalls mit direkten oder indirekten Gesprächskontakten verbunden, aber nicht mit strukturierten Formen der Kooperation.

Die Drohung mit einem Einsatz von Atomwaffen ist die stärkste Propagandawaffe, über die Russland verfügt. Dadurch wird immer wieder die Angst vor einem Atomkrieg im Westen ausgelöst. Gelegentlich werden zwei Tatsachen dabei übersehen. 1. Eingesetzt wurden Atomwaffen bisher nur zweimal in der Weltgeschichte (am 6. August 1945 auf Hiroshima, am 9. August 1945 auf Nagasaki). Dieser sehr begrenzte Einsatz hat eine gewaltige politische Wirkung gehabt: Am 2. September 1945 kapitulierte Japan. Nach wenigen Jahrzehnten war in Hiroshima und Nagasaki wieder normalisierter Alltag möglich. Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen kann angesichts des Charakters des Putinschen Geheimdiensttotalitarismus nicht ausgeschlossen werden, dass innerhalb des Systems Putin in dieser Perspektive auch über den möglichen Einsatz einer taktischen Atomwaffe über einer Stadt der Ukraine nachgedacht wird. 2. Atomwaffen haben seit 1945 als politische Waffe

im Propagandakrieg der Drohungsarsenale gewirkt. Dies gilt insbesondere für die interkontinentalen strategischen Nuklearwaffen. Sollte Russland bereit sein, bei dem Krieg in der Ukraine, der sich aus russischer Sicht sehr langwierig hinziehen dürfte, eine einzelne oder einige weniger taktische Atomwaffen einzusetzen, müsste dies nicht notwendigerweise zu einem völlig entfesselten „globalen Atomkrieg“ führen. Die Antworten des Westens dürften beim taktischen Einsatz einer Atomwaffe aller Wahrscheinlichkeit nicht anders ausfallen als wie dies beim Einsatz Russlands von chemischen Waffen (Phosphor über Mariupol) und hypersensorischen Waffen bereits geschehen ist: Die Antwort des Westens dürfte Empörung und Protest verbinden mit weiteren Sanktionen und weiteren (nichtnuklearen) Waffenlieferungen an die Ukraine. Diese Erwartung senkt die Schwelle zur Anwendung einer taktischen Atomwaffe durch Russland, reduziert zugleich aber auch die immer wieder ins Monströse gesteigerte Angst vor einem globalen Atomkrieg.⁵⁹

Einige Erfahrungen bleiben leitend für jede westliche strategische Vorausschau:

- Russland bleibt im Innern wie in seinem Verhalten gegenüber der Außenwelt unberechenbar. Ein schneller, die Verhältnisse grundlegend ändernder und zugleich stabiler Regimewechsel oder gar ein grundlegender Systemwechsel sind nicht prinzipiell unmöglich, aber in den überschaubaren Jahren (wenn nicht Jahrzehnten) kaum zu erwarten.
- Veränderungen im Innern wie im russischen Verhalten gegenüber der Außenwelt sind nicht unmöglich. Aber sie bleiben spekulativ und vor allem: Sie können auf friedliche Weise (Wandel durch Handel; Modernisierungspartnerschaft; Abrüstung und Entspannung) nicht von außen herbeigeführt werden.
- Die Strategie des resoluten regime change ebenso wie die minimalinvasivere Strategie der humanitären Intervention sind als Handlungsoptionen des Westens in den letzten Jahrzehnten mehrfach an verschiedenen Orten der Erde gescheitert. Sie können dennoch nicht

59 Eine sehr gute Analyse zu diesem Themenkomplex: Walter Rüegg, Die atomare Bedrohung – was ist zu befürchten?, in: Neue Zürcher Zeitung, 18. Mai 2022.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

absolut und grundsätzlich auch nicht gegenüber Russland ausgeschlossen werden, wenn Russland zu einer über alle Massen gesteigerten Gefahr für sich selbst (interner Völkermord) oder für die Welt als Ganzes (globalisierter Atomangriff) werden würde.

- Die westlichen Optionen im Umgang mit Russland werden jederzeit differenziert und maßvoll sein. Sie müssen mögliche Eskalationsspiralen im Falle völlig enthemmter, von Russland ausgehender Krisensituationen mitdenken. Ebenso aber müssen sie alle nur denkbaren Deeskalationsstrategien berücksichtigen und vorausplanen. Im Blick auf jede dieser strategischen Planungen gilt seit Anfang des Ukraine-Krieges: Westliche Länder oder NATO und EU insgesamt werden von Russland als Kriegspartei betrachtet, wann immer die russische Führung dies so entscheidet. Ob dem Westen dies behagt oder nicht, für diese harte realpolitische Tatsache bedarf es keiner wie auch immer gearteten Verhaltensweisen, die „Putin provozieren könnten“.

Es gehört zu den bemerkenswerten Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, dass der Westen ebenso schnell wie nachhaltig Geschlossenheit und Entschlossenheit in einer Weise gezeigt hat wie dies Viele nicht für möglich gehalten haben. Gleichwohl verdeckt das gemeinsame Handeln in der EU und in der NATO eine ganze Reihe von Interessenunterschieden. Die These ist nicht zu überhören, dass die USA, gegebenenfalls im Verbund mit Großbritannien, eine maximale und energische Strategie verfolgen und zu den Gewinnern der geostrategischen und geoökonomischen Konsequenzen des Ukraine-Krieges gehören dürften. Das als zögerlich wahrgenommene, leicht zu verärgstige Deutschland hingegen gilt eher als Verlierer, sowohl geopolitisch wie ökonomisch, gleichgültig wie der Ukraine-Krieg ausgehen wird. Zu lange hat sich Deutschland selbstbezogen wie eine große Insel in einem Meer verortet, dessen Strömungen die Deutschen in ihrer vernunftsrationalen Überheblichkeit jederzeit mit eigener Willenskraft zu zügeln wüssten. Nun rächt es sich, dass seit der Wiedervereinigung jahrzehntelang nichtstrategische, ja gedankenarme Politik betrieben wurde. Frankreich sucht zwischen den USA und Deutschland zu lavieren, weil die ökonomischen Interessen (Atomwirtschaft) und geopolitischen Ansprüche im Blick

auf die künftigen Beziehungen zu Russland das Land eher einen leidlich kooperativen Ausgang des Ukraine-Krieges und der westlichen Sanktionspolitik präferieren lassen. In Mitteleuropa ist die Lage gespalten. Ungarn folgt eher der französischen Linie des Lavierens zwischen Russland und den westlichen Strukturen, während Polen und die baltischen Staaten eine rigide Linie gegenüber Russland favorisieren. Die Türkei laviert ebenfalls zwischen NATO-Linie und nationalen Eigeninteressen, sowohl in Syrien als auch in der Schwarzmeer-Region.

Angesichts der Interessenunterschiede ist umso bemerkenswerter, dass der Aggressionskrieg Russlands nur eine gemeinsame westliche Botschaft hervorgerufen hat: Jede westliche Strategie gegenüber Russland wird auf Dauer vorrangig vom Prinzip der Eindämmung möglicher russischer Aggressionen geleitet bleiben. Es dürfte für alle Staaten des Westens auf lange Zeit vorrangig um Sicherheit vor Russland und nicht um Sicherheit mit Russland gehen. Gleichzeitig werden einzelne Staaten des Westens ihre jeweiligen strategischen und ökonomischen Interessen durch differenzierte Nuancierung von Bündnisloyalität und Russland-Politik zu sichern versuchen. Solange in Russland ein Geheimdiensttotalitarismus existiert, sind alle nur denkbaren militärischen oder paramilitärischen, hybriden Aggressionen Russlands gegenüber dem gesamten Westen denkbar. Der Westen verfügt angesichts dieser Ausgangslage als gemeinsame Antwort auf die ihm aufgezwungene Sicherheitsbedrohung vor allem über drei Optionen, die indessen innerhalb des westlichen Lagers jeweils unterschiedlich bewertet werden und ausgestaltet bleiben dürften:

Option 1: Russland technologisch isolieren. Da Russland einen aggressiven Angriffskrieg betreibt und sogar atomare Bedrohungen gegenüber westlichen Ländern ausspricht, kann die westliche Strategie nur auf Eindämmung und Abschreckung beruhen. Solange der Putinsche Geheimdiensttotalitarismus besteht, gibt es dazu keine Alternative, wenngleich Kontaktkanäle über die eigenen diplomatischen Vertretungen oder auch über Botschaften von Drittländern aufrechterhalten bleiben. Mit dieser Strategie ist nicht nur das gesamte Instrumentarium militärischer, ökonomischer und politischer Reaktionsmuster gemeint, wie sie sich bereits in den Jahrzehnten der Auseinan-

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

dersetzung im Kalten Krieg bewährt haben. Die Strategie der möglichst vollständigen Isolation Russlands zielt darauf ab, Russland von den technologischen, finanziellen und sozio-ökonomischen Mitteln abzuschneiden, durch die der Westen Russland gegenüber sowohl in ziviler wie in militärischer Hinsicht überlegen bleibt. Allein damit kann unter den Bedingungen des russischen Machtsystems ein aggressives Verhalten Russlands gegenüber Europa oder westlichen Interessen weltweit verhindert werden. Vordergründig wird dabei immer auf Konsumaspekte geschaut, einschließlich der Fragen im Zusammenhang mit den finanziellen Ausstattungen der Oligarchen und der Rohstoffexporte Russlands. Auf Dauer aber ist die Bedeutung des Abschneidens von allgemeinen technologischen Entwicklungen im Westen für die volkswirtschaftliche und soziologische, vor allem aber die militärische Zukunftsfähigkeit Russlands entscheidend, um Russlands Willen zu einem aggressiven Auftreten zu brechen. Diese Bewertung wird zwar grundsätzlich in allen westlichen Ländern geteilt. Vor allem im Blick auf die Interessen im Bereich der zivilen Zusammenarbeit mit Russland bei der Atomenergie, aber auch bei den Öl- und Gasimporten sind sogleich Interessenunterschiede aufgebrochen, die die EU in ihren Sanktionspaketen tunlichst zu überdecken versucht.

Option 2: Russland militärisch besiegen. Die westliche Rhetorik um die Kriegsziele in der Ukraine ist maximal verwirrend. Dazu gehört auch die Bedeutung des Begriffs „militärisch besiegen“. Tatsächlich hat Russland Kriege, die das Land selbst angezettelt und alleine geführt hat, eins ums andere Mal verloren oder zumindest nicht durchschlagend gewonnen (Krimkrieg 1853-1856, Krieg gegen Japan 1905, Finnischer Winterkrieg 1939/1940). Es wäre allerdings verkürzend, unter dem Begriff „Russland militärisch besiegen“ immer nur an eine militärische Niederlage unter Einbezug der Zerstörung von militärischer und politischer Infrastruktur zu denken. „Militärisch besiegen“ heißt doch an erster Stelle, den Willen Russlands zu brechen, jenseits seiner Landesgrenzen aggressiv auftreten zu wollen. Damit ist zuallererst eine psychologisch-strategische Disposition gemeint, die ganz unterschiedliche Ursachen und ebenso vielfältige Auswirkungen haben kann. Die Erschütterung der Moral der russischen Streitkräfte gehört ebenso

dazu wie die Delegitimierung der Kriegsziele durch ihre objektive Wiederlegung im anhaltenden Informations- und Medienkrieg (z.B. die Behauptung, die Ukraine müsse von „Nazis“ befreit werden), die Unterstützung der mutigen Opposition zum regierenden russischen (aber auch belarussischen) Regime und seinen Repressionsapparaten oder die kontinuierliche Abkehr von russlandfreundlichen Staaten, die das Land weltweit immer mehr isoliert, nahezu Nordkorea ähnlich. Der globale Informations- und Medienkrieg – die heutzutage so wichtige Schlacht um die medialen Narrative – ist bei der Frage danach, was erforderlich ist, um Russland militärischen Willen zu brechen, von ebenso großer Bedeutung wie die faktische militärische Angriffsfähigkeit Russlands. Zwischen den westlichen Staaten waren frühzeitig deutliche Akzentunterschiede bei der Ausgestaltung der Aussage zu hören, Russland müsse militärisch besiegt werden. Während es beispielsweise aus Deutschland eher vorsichtig heißt, Russland dürfe den Krieg nicht gewinnen, stehen die USA und Großbritannien lautstark hinter der von der ukrainischen Regierung ausgegebenen Formel, dass die Ukraine den Krieg gewinnen müsse. Dabei geht es natürlich immer auch, aber nicht nur, um die territoriale Zukunft der von Russland seit 2013 in der Ukraine besetzten Gebiete.

Option 3: Den Umgang mit Russland für eine Zeit nach Putins Regime vorbereiten. Wie im Frieden der Krieg vorbereitet werden muss, um ihn zu verhindern, so muss im Krieg der Frieden vorbereitet werden, um ihn eines Tages zu gewinnen. Damit ist sowohl eine innerrussische wie eine strategisch-konzeptionelle Komponente gemeint. Erstens geht es darum, den Mut und die Entschlossenheit derer in Russland zu unterstützen, die sich für eine freiheitliche und rechtssichere Zukunft Russlands einsetzen. Auch wenn die Frage nach der Freiheitsfähigkeit Russlands nicht von außen beantwortet werden wird, so ist externer Zuspruch gleichwohl für die russischen Opponenten des Putin-Regimes nützlich. Ihr Kampf kann sich allerdings noch lange, sehr lange hinziehen (was immer dies konkret heißt). Zweitens geht es darum, im Westen außenpolitische Strategien für die Zeit nach dem Putinismus zu entwickeln, die einen langfristigen Umgang mit Russland jenseits von Isolation, Abschreckung und Eindämmung, aber zugleich ohne Naivität und Wunschenken eines Tages wieder möglich machen. Dazu wird vor allem gehören, strikte Garantien zu erwirken, um – soweit es nach menschlichem Ermessen

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

überhaupt geht – sicherzustellen, dass künftig vereinbarte Regeln von Russland eingehalten werden. Bis zum Ende des Putinismus ist Isolation – Sicherheit vor Russland – die einzig vernünftige westliche Strategie. Nach dem Putinschen Totalitarismus muss die Isolation Russlands durch eine plausible neue Strategie ersetzt werden. Mitten im Krieg erscheint ein öffentliches Nachdenken über diese Frage für die angegriffene Ukraine naturgemäß sehr leicht als ketzerisch.

Der Ausgangsbefund ist leider eindeutig: Russland unter seinem heutigen Machtsystem bleibt eine Bedrohung für Freiheit und Sicherheit Europas und seiner zentralasiatischen und kaukasischen Nachbarn. Die zentralasiatischen und kaukasischen Staaten werden längst von den Sanktionen gegen Russland getroffen (Arbeitsmigranten, Wertschöpfungsketten, Währungsverfall). Zugleich bleiben sie von Russland abhängig. Die Eurasische Union erweist sich für diese Staaten stärker denn je als ein Instrument, um russische Hegemonialansprüche in die Räume der ehemaligen Sowjetunion zu projizieren. Handlungsspielräume zu erweitern ist für diese Staaten ebenso wichtig wie schwierig. Bezeichnenderweise hat sich keiner der Staaten Zentralasiens und des Kaukasus direkt mit Russlands Invasion in der Ukraine solidarisiert: Georgien und die Republik Moldau stimmten für die Verurteilung Russlands, Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan enthielten sich der Stimme, Usbekistan und Turkmenistan nahmen nicht an der Abstimmung teil, eine stille Form des Protests.

Wie lange die weltpolitische Bedrohung durch Russland anhalten wird, ist eine Frage von geschichtsphilosophischer und geopolitischer Tragweite. Sie zeigt die Begrenztheit eines naiven westlich-aufklärerischen Fortschrittsbegriffs, der gerne bemüht wird, um zu erklären, dass alle europäischen Entwicklungen – einschließlich diejenigen der politischen und gesellschaftlichen Aufklärung – am Ende auch in Russland obsiegen würden. Sie zeigt zugleich die unverrückbare Bedeutung des Raumes, der in Eurasiens Geschichte immer wieder imperiale Politikstrategien hervorgebracht und zugleich ihre Ablösung erschwert hat. Diese Zusammenhänge ändern indessen nichts an der Tatsache, dass Russland auch nach dem Krieg in der Ukraine und nach dem Ende des Putinschen Geheimdiensttotalitarismus nicht nur ein

Nachbar, sondern ein strategischer eurasischer Machtfaktor, eine Großmacht, mit Wirkungen auf Europa und Asien bleiben wird.

Bei allen unterschiedlichen Akzentuierungen in der Analyse, bei den offen formulierten Kriegszielen und bei den möglichen Friedensstrategien befinden sich alle Staaten der Europäischen Union gleichwohl in einer gemeinsamen Situation: Für Europa ist die russische Bedrohung unmittelbarer als für die nichteuropäischen Regionen des politischen Westens in Nordamerika. Europas Kleinräumigkeit und Europas Geschichtsinterpretation haben in der Vergangenheit verschiedentlich in einer eigentümlichen Symbiose zu Russland gestanden. Naive Illusionen über die Politikstrategie „Wandel durch Handel“ – namentlich in Deutschland – haben Europas Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen erhöht, ohne russische Verhaltensänderungen zu Gewaltpolitik und Hegemonialbestrebungen zu erreichen. Daher ist Europa durch die anhaltende Unberechenbarkeit Russlands, die 2022 in einen bisher nie dagewesenen aggressiven Revisionismus umgeschlagen ist, in seinem souveränen Handeln besonders gefährdet. Die Europäische Union hat diese Herausforderung trotz aller Binnendifferenzen mit überraschender Klarheit und seltener Geschwindigkeit sofort nach dem 24. Februar 2022 angenommen. Die Abfolge von sechs Sanktionspaketen steht methodisch noch in der Tradition dessen, was die EU üblicherweise als ihr schwerstes Geschütz aufzufahren bereit ist, um internationalen Rechtsbrechern zu begegnen. Die Aktivierung der Europäischen Friedensfazilität (in Höhe von 2 Milliarden Euro seit dem ersten Beschluss vom 27. Februar 2022) stellt für die EU indessen einen echten Systembruch dar: Die finanzielle Unterstützung für Waffenkäufe durch die Ukraine hat die EU erstmals in ihrer Geschichte zu einem geopolitischen – und das heißt: zu einem proaktiv strategisch und verteidigungspolitisch handelnden – Akteur gemacht.

Die Europäische Union anerkennt damit letzten Endes, dass das Erfordernis, Russland militärisch zu besiegen und das heißt: in seinem Willen zu Gewaltanwendung dauerhaft brechen zu wollen, nicht nur im ukrainischen oder amerikanischen, sondern auch im Eigeninteresse der EU liegt. Die EU wird diesen Wechsel in der Logik und Rechtfertigung ihrer Politik fortsetzen. Einhergehen muss dies mit einer robusten Stärkung der Handlungskraft der EU.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Der im März 2022 beschlossene „Strategische Kompass“ hat der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein bisher nicht gekanntes Instrument an die Hand gegeben, um fortlaufend Gefährdungslagen und Bedrohungsanalysen zu aktualisieren. Die durch die „Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“ im Mai 2022 vorgeschlagene Revision des Einstimmigkeitsprinzips auch bei Abstimmungen in der Außen- und Sicherheitspolitik wird weniger zügig umzusetzen sein als die Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine. Aber die Richtung dieser Entwicklung lässt auf mehr Entscheidungsfähigkeit hoffen, wenn künftig europäische Interessen artikuliert werden. Ihre Umsetzung kann einfach nicht länger jedes Mal neu einem akademischen Seminar mit Selbsterfahrungscharakter gleichen. Noch sind die Entwicklungsschritte kleinteilig. Aber gemessen an allen früheren Reaktionen der EU auf internationale Krisen sind sie in der Summe gleichwohl gravierend. Schon in absehbarer Zeit dürfte sich die EU auch mit der Frage zu befassen haben, ob es Ausdrucksformen einer nuklearen Teilhabe der EU gibt, um die französische Nuklearstreitkraft (*force de frappe*) zumindest teilweise zu europäisieren.

Seit Jahrzehnten besteht die schärfste außenpolitische Waffe der EU in der magnetischen Anziehungskraft, die von der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft auf potentielle Beitrittskandidaten ausgeht. Offensichtlich wird dies im Vergleich: 1990 verfügten Polen und die Ukraine in etwa über das gleiche Bruttosozialprodukt. 2020 war das Bruttosozialprodukt Polens dreimal so groß wie dasjenige der Ukraine. Nie ist die Bereitschaft zu Reformen in einem (europäischen) Drittland größer, als während der Zeit auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. Der damit verbundene Anpassungsdruck für die eigene Staatsverwaltung und die eigene Volkswirtschaft zahlt sich aber auch über den Vollzug der Mitgliedschaft hinweg aus. Allerdings hat sich der Beitrittsprozess für die bisher nicht in die EU aufgenommenen Länder seit ein, zwei Jahrzehnten zu einem frustrierenden Dauermarathon ohne klare Zielvorgaben entwickelt. Beitrittskandidaten sind: die Türkei seit 1999, Nordmazedonien seit 2005, Montenegro seit 2012, Serbien seit 2012 und Albanien seit 2014. Der Status von Bosnien-Herzegowina und Kosovo gegenüber der EU ist weiterhin nicht entschieden. Mühsame Beitrittsverhandlungen

und kleinteilige Fortschrittsberichte pflastern einen unterdessen allzu langen Weg für die Türkei, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien.

Die Beitrittsbedingungen der EU bleiben zwingende Voraussetzung, damit Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einem künftigen Mitgliedsland der EU so gestaltet und garantiert sein werden, dass die EU nicht selber Schaden nehmen würde. Die rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse in der EU können nicht unüberbrückbar von den Voraussetzungen abweichen, die in einem Kandidatenland bestehen. Einige EU-Mitgliedsstaaten beharren stärker auf geklärten Voraussetzungen für weitere Beitritte als andere. Dabei spielen die innenpolitischen Umstände in der EU eine Rolle (Furcht von EU-kritischen Parteien), Jeder politische Akteur in der EU wird Abstand nehmen müssen von der strategiearmen Naivität, es jedem denkbaren Kandidatenland mit vorschnellen Versprechungen recht machen zu wollen. Am Ende stünden nur wechselseitige Frustrationen und Enttäuschungen, wie vielerorts beim Blick auf das Thema EU-Erweiterung im westlichen Balkan und im Blick auf die Türkei zu besichtigen ist. Mit ihren hohen Hürden und langen Übergangsprozessen hat die EU allerdings ein gefährliches geopolitisches Vakuum eröffnet. Dass die Türkei dies seit mehr als zwei Jahrzehnten durch eine eigensinnige Regionalpolitik ausfüllt und die Länder des westlichen Balkans seit mehr als einem Jahrzehnt in den Strudel von weltpolitischen und geoökonomischen Ambitionen vor allem Chinas, aber auch Russlands, geraten sind, hat sich die EU weitgehend selbst zuzuschreiben. Gegenüber der Ukraine darf sich die EU dieses strategielose Fehlverhalten nicht noch einmal leisten, so wie es leider in den vergangenen Jahren der Fall gewesen war.⁶⁰

Es würde zum Kollateralnutzen des russischen Überfalls auf die Ukraine gehören, wenn die EU auch bei der Weiterentwicklung ihrer Beitrittsstrategie zu geopolitischer Reife aufwachsen würde. Ein zügiger, die Regelwerke der EU außer Betracht lassender Beitritt der Ukraine zur EU ist nicht realistisch und wäre auf Dauer für beide Seiten schädlich. Allerdings: Die Annäherung

60 Vgl. Rainer Bühling, Die EU und die Ukraine. Das Dilemma des strategischen Defizits, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2018.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

der Ukraine an die EU proaktiv zu betreiben, unterstützt des Selbstbehauptungs- und Freiheitswillens des ukrainischen Volkes. Die dortige Demokratiebewegung – ebenso wie in Belarus – hat sich zu einer Pro-Europa-Bewegung mutiert: Es geht den Menschen, die in diesen Bewegungen engagiert sind, nicht nur um nationale Freiheit, sondern um dauerhafte kulturelle Zugehörigkeit, einen *sense of belonging*. Diese Bewegungen zu unterstützen bedeutet: Die EU stärkt sich an ihrer gefährdeten Ostflanke selbst. Reformen in Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Rechtssystem nachzuholen, die in der Ukraine aufgrund innenpolitischer Umstände seit 1991, vor allem aber auch seit 2014 (Maidan-Bewegung) entweder vernachlässigt oder bewusst verzögert und hintertrieben wurden, ist unzweifelhaft notwendig und sinnvoll. Die Europaperspektive der Ukraine mit einer konsequenten Reform der staatlichen Strukturen und gesellschaftlichen Bedingungen einer EU-Mitgliedschaft zu verbinden, ist keine triviale Angelegenheit. Diese beiden Gesichtspunkte miteinander zu verbinden, ist die richtige Herangehensweise der Europäischen Union an eine auf sie zukommende, gleichwohl in vielerlei Hinsicht noch unklare Zukunft. Dabei dürfte ein gelegentlich vergessener Aspekt sicher sein: Die künftige Entwicklung von Belarus hängt entscheidend vom Ausgang des Krieges in der Ukraine ab. Nach einem Ende der langjährigen Diktatur mit allen psychologischen und ökonomischen Verwerfungen bedarf auch Belarus einer europäischen Perspektive. Nicht weniger zügig ist dies für nach Westen orientierte, aber innenpolitisch und durch russische Sezessionisten unter Druck stehende Republik Moldau und für Georgien erforderlich.

Die EU steht vor der Aufgabe, eine geopolitisch angelegte und wirksame Konzeption zu erarbeiten und baldmöglichst zu beschließen, die über die bloße Verkündung von Absichten (Kandidatenstatus) hinausgeht. Die EU-Beitrittsfrage muss dabei dem prozeduralen Fetisch (Fixierung auf Einzelkapitel der Beitrittsverhandlungen) entzogen werden. Themenspezifische Beitrittsverhandlungen hinsichtlich der Bedingungen *des acquis communautaire* bleiben wichtig. Sie dürfen aber nicht länger die strategische und geopolitische Dimension ersetzen, die in den heute einschlägigen Beitrittsfragen eine übergeordnete Rolle spielen. Die Beitrittsfrage ist für die EU eine geostrategische Frage erster Ordnung.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat am 9. Mai 2022 eine neue Form der Kooperation in einer neuen Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagen, um die geostrategisch wichtigen Länder, die Interesse an einem EU-Beitritt haben, schon direkt an die EU zu binden, solange eine Vollmitgliedschaft (noch) nicht möglich ist. Ob sich dafür das Modell der konzentrischen Kreise eignet – das im Zusammenhang mit der europäischen Einigung eine lange, durchaus nicht kontroverslose Tradition hat – ist eine eher akademische Überlegung. Wichtiger ist die praktische Frage, was die funktionale Absicht ist, die mit einer solchen Konstruktion erreicht werden soll.

Denkbar wäre die Form einer weitgefassten europäischen Konföderation, die um die bestehende Kernföderation der Europäischen Union gelegt wird (ohne zugleich den Europarat zu kopieren).⁶¹ Eine solche Konföderation könnte dem Europäischen Wirtschaftsraum nachempfunden sein, müsste aber vor allem geostrategisch ausgerichtet sein. Zu klären wäre, ob eine zügig zu realisierende thematische Einbeziehung der östlichen und südöstlichen Beitrittskandidaten in die Sicherheitsordnung der EU mit unmittelbarer Außenwirkung gegenüber Russland (und China) nicht wichtiger ist als eine überkomplexe konzeptionelle Ergänzung zu den bestehenden Strukturen im Graubereich zwischen föderativen und konföderativen Modellen. Denkbar wäre, eine europäische Sicherheitsgemeinschaft zu bilden, dem neben allen EU-Mitgliedsstaaten die östlichen und südöstlichen Kandidatenländer angehören (neben der Türkei und den Ländern des westlichen Balkans also auch die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien, nach einem Systemwechsel gegebenenfalls auch Belarus und Armenien). Damit wäre ein klares Signal an Russland gesendet, dass die EU ihre sicherheitspolitischen Interessen unter Einbezug der zur EU strebenden Länder so organisiert, dass das Selbstbestimmungsrecht aller Staaten ungeachtet ihres ökonomischen und rechtlichen Reifegrades jederzeit garantiert wird. Zugleich würden die prozedura-

61 Vgl. Barbara Lippert, Die Richtung stimmt – Macrons Idee einer „europäischen politischen Gemeinschaft“ mit der Ukraine, in: Stiftung Wissenschaft und Politik. Kurz gesagt, 13. Mai 2022, online unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-richtung-stimmt-macrons-idee-einer-europaeischen-politischen-gemeinschaft-mit-der-ukraine>.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

len Beitrittsverhandlungen – wenn nötig über Jahre – entlang der knochentrockenen Logik des *acquis communautaire* fortgesetzt werden können, einschließlich der Anpassungserfordernisse in jedem einzelnen der Kandidatenländer. Auch deshalb gilt: Eine Mitgliedschaft weiterer Länder der europäischen Sicherheitsgemeinschaft in der NATO sollte nicht ausgeschlossen werden.

Die Europäische Union wird auf Jahre hinweg eine Balance finden müssen zwischen den strategischen Anforderungen im Blick auf östliche und südöstliche Kandidatenländer, den selbsterhaltenden Bedingungen und Voraussetzungen einer Vollmitgliedschaft in der EU (strikte Reformfordernisse in den Kandidatenländern im Sinne des *acquis communautaire* in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit), der Weiterentwicklung der EU-Regelwerke, um bessere Handlungsfähigkeit zu erreichen (vor allem durch Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik, die Übernahme des Euro endlich auch in Schweden und Dänemark, in Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie bei der Stärkung der steuerbasierten Finanzausstattung der EU) und einem klugen Umgangs mit EU-skeptischen und -ablehnenden politischen Strömungen innerhalb der Gesellschaften der heutigen EU-Mitgliedsstaaten. Die Perspektive ist eindeutig, auch wenn es mühevoll bleiben wird, diese Balance jederzeit zu finden: Unter dem enormen externen Krisendruck, der in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht kleiner werden dürfte, muss die Europäische Union aus selbsterhaltendem Eigeninteresse dringend zu einer politischen Macht unter Mächten werden.

V. Geopolitischer Kontext und neue Machtachsen

Der Aggressionskrieg Russlands gegenüber der Ukraine kann nicht losgelöst betrachtet werden von den derzeitigen weltpolitischen Tendenzen und Umbrüchen. Bei den entsprechenden Analysen werden zumindest drei unterschiedliche Perspektiven eingenommen, die auseinandergehalten werden sollten.

Perspektive 1: Von Europa aus gedacht. Die Reaktionen in der EU auf die globalpolitischen Zusammenhänge des Ukraine-Krieges sind nicht widerspruchsfrei. Zwar haben die politisch Verantwortlichen umgehend nach Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 eine eindeutige gemeinsame politische Verteidigungslinie gezogen. Ohne Ausnahme artikulierten sie die doppelte Wahrnehmung: Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist einerseits ein Kampf zwischen freiheitlicher Lebensweise und einem autoritären Diktaturmodell, andererseits ein Ringen um die europäische Friedensordnung. Für die EU ist eindeutig, dass es vorerst nur Sicherheit gegen Russland und nicht länger Sicherheit mit Russland geben wird.

Aber: Die normative wie die strategische Argumentationslinie der verantwortlichen Politik kontrastierte schon alsbald mit der Rückkehr defensiverer und sorgenvoller Diskussionsmuster in der intellektuellen und medialen Öffentlichkeit. Wenig überraschend: Dies geschieht besonders ausgeprägt in Deutschland, wo bis zum 24. Februar 2022 ein besonders hohes Maß an naivem Idealismus hinsichtlich der Hoffnung auf ewigen, stabilen Frieden durch Handel und Modernisierung bestanden hatte. Zu lange haben sich Versäumnisse, Fehlwahrnehmungen und Verdrängungsmechanismen bezüglich der Machtambitionen Russlands in der deutschen politischen Kultur eingenistet. Daher konnte alsbald nach dem 24. Februar 2022 der Eindruck entstehen, Deutschland dürfte zu den vorrangigen Verlierern der geopolitischen Implikationen und ökonomischen Folgen des Ukraine-Krieges werden. In der NATO und in der EU wurde die hinsichtlich des Ukraine-Krieges eigentümlich zurückhaltende und gelegentlich uneindeutige Politik der deutschen Regierung mit Verwunderung wahrgenommen. Bundeskanzler Olaf Scholz wurde schlechte Kommunikation oder auch fehlende strategische Klarheit vorgehalten. Politisch Verantwortliche für die gescheiterte Russland-Politik früherer Jahre und Jahrzehnte tauchten vornehm ab oder versteckten das Eingeständnis ihrer Fehltritte hinter allgemeinen Aussagen und angeblich weitverbreiteten Haltungen. Intellektuelle Wortführer fanden bald ihre Stimme wieder, um dem Leid der Ukraine einen rechthaberischen und vermeintlich universalistischen Pazifismus entgegenzustellen. Die breite Bevölkerung verspürte rasch am eigenen Alltag, dass aus dem angeblich unzer-

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

störbaren Nutzen der wirtschaftlichen Interdependenz eine ungute Dependenz von Russland (und China) zu Lasten ihrer eigenen Wohlstandszukunft geworden war (Preissteigerungen, Furcht vor Konjunkturerinbruch mit möglicher Massenarbeitslosigkeit und sozialen Verwerfungen). Aus der Tiefe einer von Vielen für immer überwunden geglaubten Geschichte tauchten wieder Ängste und stereotype Fixierungen auf Großbegriffe auf („Dritter Weltkrieg“, „Atomkrieg“). Die allfälligen Sorgen wurden durch die russische Propagandakunst umgehend mit zugespitzten Drohgebärden aus dem Mund des dortigen Staatspräsidenten und anderer führender Akteure geschickt befördert. Kurz: Seit dem 24. Februar 2022 brechen in Deutschland ununterbrochen Bausteine der bisher dominierenden Illusionsarchitektur über Russland und die Gefährdungen von Frieden und Freiheit zusammen. Neben den inneren Erschütterungen ist nicht zu übersehen, dass und wie Deutschland seine strategische Relevanz in Europa (und ebenso in der NATO) in nicht unerheblichem Maße einzubüßen begonnen hat.

In Mittel- und Südosteuropa sowie im Baltikum klingt der Diskurs zumeist sehr anders. Dort hatte man vielerorts schon seit 2000 vor dem Putinschen Russland gewarnt und sah den Überfall auf die Ukraine als vorhersehbare Konsequenz einer Reihe von vorherigen Handlungsmustern des Kremls. Der russische Überfall auf die Ukraine verstärkte in Mittel- und Südosteuropa ebenso wie im Baltikum und in Nordeuropa die ohnehin vorherrschende Skepsis gegenüber einem vom Westen zähmbaren Russland. Aus Skepsis gegenüber Russland wurde sehr schnell Verteidigungs- und Widerstandswille. Dieser wurde in das Ziel übersetzt, der Ukraine unter allen nur denkbaren Umständen dabei zu helfen, über Russland zu siegen. Insbesondere in den baltischen Staaten ist man sich bewusst: Würde Russland in der Ukraine siegen, wo Belarus als Kriegsunterstützer längst eingegriffen hat, wäre als nächstes die Sicherheit und Freiheit des Baltikums sehr unmittelbar gefährdet (Suwalki Gap). Auch die EU-Mitgliedsstaaten am Schwarzen Meer (Rumänien, Bulgarien) sehen sich als NATO-Mitglieder einerseits geschützt, andererseits in besonders exponierter Weise den russischen Aggressionspotentialen ausgesetzt.

Die Europäische Union insgesamt hat 2022 trotz aller Einstellungsunterschiede und nationalen Akzente einen gemeinsamen, zugleich entschlossenen und umsichtigen Pfad der konsequenten Unterstützung für die überfallene Ukraine beschritten. Sie reift wieder einmal in und durch eine große Krise. Die EU beruft sich dabei zu Recht auf das in der UNO-Charta verbürgte Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines Angriffskrieges. Wortwahl und Handlungen der EU sind maßvoll geblieben. EU Akteure bemühen sich, der in der europäischen Öffentlichkeit rasch verbreiteten Wahrnehmung entgegenzutreten, dass die Kosten der EU-Sanktionspolitik und der Ukraine-Unterstützungspolitik für die Gesellschaften Europas möglicherweise und zumindest kurzfristig folgenschwerer sein könnten als ihr Effekt auf den Aggressor Russland oder ihr Nutzen für die überfallene Ukraine (Embargo von russischen Energielieferungen, Inflation, Erschütterungen der Lieferketten von Waren, Gefahr einer tiefgreifenden Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit). Es wurde an das Durchhaltevermögen der Europäerinnen und Europäer appelliert. Die eigene Bevölkerung wurde auf einen längeren Kampf der Selbstbehauptung und des Widerstands gegen russische Aggression und Gewaltbereitschaft eingeschworen. Zugleich wurden Maßnahmen gegen russische Propagandaaktivitäten und Cyber-Angriffe unternommen. Ob dies alles ausreichen würde, damit die Stimmung in der EU – oder zumindest in wichtigen ihrer Mitgliedsstaaten – nicht doch kippen würde und die Euphorie für die Unterstützung der Ukraine umschlagen könnte? Bei der Begründung der Sanktionspolitik lavierten die europäischen politischen Akteure durchaus, ebenso bei der präzisen gemeinsamen Formulierung der Kriegsziele und Friedensstrategien. Für eine Weile mag diese Kombination von „Auf-Sicht-fahren, aber schnell und robust handeln“ angesichts der Dramatik der Lage akzeptabel sein. Auf Dauer werden die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger erwarten, dass ihre Interessen und Lebenschancen nicht im Nebel einer hinsichtlich der Auswirkungen unklaren strategischen Neuausrichtung der EU vernachlässigt werden.

Gleichwohl: Der Überfall auf die Ukraine reaktivierte einen Geist der Selbstbehauptung und der Entschlossenheit wie ihn weder das politische Europa noch die Gesellschaften der EU seit Jahrzehnten gekannt hatten. Viele Beobachter innerhalb und außerhalb der EU – unisono mit den russischen

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Kriegsherren – haben ein solches Reaktionsmuster und seine Konstanz nicht für möglich gehalten. Sanktionspakete, Finanzhilfen zum Ankauf von Waffen durch die Ukraine, Finanzhilfen zur Aufrechterhaltung eines funktionstüchtigen ukrainischen Staatsapparates, beschleunigte Entkoppelung von russischen Energieträgern und zugleich beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Grundlagen für die künftige Energiesicherheit der europäischen Volkswirtschaft: Erstmals wieder seit 1989/1990 wurde in der EU in derartiger Intensität und mit derartigem Tempo politisch gehandelt. Kontroversen konnten dabei nicht ausbleiben (Verkauf schwerer Waffen, Rolle der Atomenergie und von Flüssiggas als Zwischenlösungen auf dem Weg in die dekarbonisierte Energieversorgung, Geschwindigkeit und Umfang des Gas- und Öl-embargos gegenüber Russland, Reichweite und Überprüfbarkeit der Sanktionsregime im Finanzbereich und beim Handel mit Russland). Zweifel wurde artikuliert, ob und wie lange die EU ihre Ukraine-Solidarität durchhalten werde, ehe „Kriegsmüdigkeit“ zu einem Bröckeln der einheitlichen westlichen Linie führt. Alles in allem aber reift in der EU seit dem 24. Februar 2022 konstant und enorm zügig in eine strategische Sicht auf Russland und die Gefahren, die der Überfall auf die Ukraine auch für die EU nach sich ziehen wird. Immer wieder schien es aber auch so, als agiere die überfallene Ukraine als wichtigster Antreiber, mit ihrem wortgewaltigen und symbolischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, einem Kommunikationsgenie. Auf Dauer wird die EU aus sich selbst heraus, in Eigeninteressen begründet, als strategischer Akteur auftreten müssen, wenn sie den Anspruch auf europäische Souveränität aufrechterhalten will.

Die EU sucht Trost für die langfristige Absicherung von Wohlstand und Freiheit über den Frieden hinaus in den Szenarien, die sie sich bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges selber verordnet hatte. Eine exponierte Rolle spielt dabei der Umbau der EU zu einer klimaneutralen Volkswirtschaft, die bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges begonnen worden ist. Der 2020 präsentierte „Green Deal“ – ein komplexes Legislativpaket, dessen einzelne legislative Bestandteile zunächst einmal Gegenstand von Beratungen der EU-Institutionen sind – soll Europa innerhalb weniger Jahre einen energetischen Technologiesprung bescheren, der die Grundlagen für den eigenen

Wohlstand sichert. Bis 2045 wird Europa auf den Import von Erdöl und Erdgas verzichten. Das zwingt heutige Lieferländer von Öl und Gas zu eigenen ökonomischen Neuausrichtungen. Saudi-Arabien beispielsweise hat diese Herausforderung angenommen. Russland hat sie vermutlich noch nicht einmal recht begriffen und sucht weltweit nach alternativen Abnehmern für die eigenen fossilen Brennstoffe. Die Perspektive für den EU-Binnenmarkt wird durch die beschleunigte Digitalisierung und den gleichzeitigen industriepolitischen Schutz von kritischen Schlüsselindustrien gegenüber den Begehrlichkeiten autoritärer Länder abgestützt. Die Kosten, die die Unterstützung der Ukraine infolge der Trennung von russischen Energieträgern und der direkten Stärkung der ukrainischen Verteidigung bedeutet, gerät aus dieser Perspektive zu einer zeitweilig unvermeidlich zugespitzten Friedensinvestition, die die künftige Freiheit der Europäerinnen und Europäer sicherstellt. Insofern beschleunige der Ukraine-Krieg nur, was ohnehin angestrebt wird: Der Ausbau europäischer Souveränität. Ob diese Herangehensweise und die ihr entspringende Begründung durch die führenden politischen Akteure der EU auf Dauer von der Mehrheit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mitgetragen wird, wird wichtig sein.

Eines aber von Anfang an eindeutig: Die zivile europäische Selbstbehauptung kann nur gelingen, solange die Territorialverteidigung Europas durch die USA garantiert und von Kanada und Großbritannien unterstützt wird. Die NATO bleibt, seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges mehr denn je, Erhaltungsbedingung einer geopolitisch besser aufgestellten EU. Insofern ist die EU als Juniorpartner nicht unerheblich abhängig von der Ausrichtung und Konsistenz amerikanischer strategischer Interessen. Ohne die USA kann die EU ihre Sicherheit gegenüber einem aggressiven Russland nicht organisieren. Dies gilt auch dort, wo die EU über gemeinsame Rüstungsprojekte hinaus auch ihre strategische Infrastruktur – einschließlich eines gemeinsamen Militärstabes, einer besser koordinierten Geheimdienststruktur und, besonders sensibel, einer möglichen EU-Teilhabe an der französischen Atomstreitkraft – zu optimieren begonnen hat.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Vielfach haben frühere Krisen innerhalb der europäischen Integration zu einer Stärkung der Integrationsmechanismen geführt.⁶² Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Krise bedeutet, dass die EU mehr als je zuvor durch eine gravierende außenpolitische Krise zu einer Stärkung der Integration gelangen kann. Die Überwindung der Vorbehalte in Dänemark, sich an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beteiligen, ist ein gewichtiger Schritt, um auch unter bisherigen Skeptikern die Sorge zu zerstreuen, die EU verdoppele überflüssigerweise die Aktivitäten der NATO, ohne deren Abschreckungskraft zu gewinnen. Ausgehend von der Annahme, dass Russland ganz unabhängig vom Ausgang des Ukraine-Krieges auf lange Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, eine Bedrohung der europäischen Sicherheit bleiben wird, muss die EU sich im umfassenden Sinne des Wortes strategisch ausrichten. Dies kann gleichwohl nur in engster Kooperation mit der NATO gelingen. Mehr noch als die EU ist durch die Bedrohungen infolge des Ukraine-Krieges die NATO aufgewertet worden. Mit ihr sind die USA als eine revitalisierte europäische Macht ein strategischer Gewinner, lange bevor überhaupt die Kriegsbilanz gezogen werden kann. Da es bei dem Ukraine-Krieg sowohl um geostrategische Zusammenhänge als auch um alt-neue Konflikte zwischen freiheitlichen Ordnungen und autoritären oder gar totalitären Regimen geht: Die Atlantische Zivilisation steht infolge des Ukraine-Krieges, seiner Ursachen und Folgen, inmitten ihrer größten Bewährungsprobe seit 1945. Dies gilt für beide Territorien der Atlantischen Zivilisation, für Europa ebenso wie für Amerika.

Perspektive 2: Von der NATO her gedacht. Die Nordatlantische Verteidigungsallianz nutzt den Überfall Russlands auf die Ukraine dazu, sich zu konsolidieren und zu stärken. Dies geschieht ganz entgegen den Erwartungen der russischen Führung. Die NATO wird seit 2022 entlang ihrer gesamten Ostflanke gestärkt, sowohl militärisch und politisch wie auch institutionell und strategisch. Die Revision der Neutralitätspolitik von Schweden und Finnland durch den NATO-Beitrittsantrag beider Länder im Mai 2022 war nicht weniger spektakulär wie die Verlegung von NATO-Truppen tief in die mittelost- und südosteuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten hinein. Dass die

62 Vgl. Ludger Kühnhardt (ed.), *Crises in European integration. Challenges and Responses, 1945-2005*, New York/Oxford: Berghahn Books, 2009.

USA wieder als eine gestärkte europäische Macht agieren, sehen viele Europäer gerne. Weniger euphorisch sind sie, wenn es darum geht zu konstatieren, dass die USA damit ein strategischer Gewinner des Ukraine-Krieges sind, was von den Staaten Europas nicht unbedingt gesagt werden kann. Militär- und Zivilhilfe der USA an die Ukraine übersteigen das europäische Engagement um ein Vielfaches. Gleichwohl bleiben Zweifel in Europa, ob die neue amerikanische Europa-Präsenz von Dauer sein wird. Unsicherheiten über die inneren Entwicklungen in den USA und ihre möglichen Auswirkungen auf die nächsten Präsidentschaftswahlen 2024 legen ungeschminkt offen, dass sich Europa unsicher fühlt, solange es auf die USA für seine Territorialverteidigung unausweichlich angewiesen ist. Die Wahrheit ist: Europa bleibt auf lange Zeit strategisch schwächer als die USA. Ob der Ukraine-Krieg diese Schwäche verstärkt oder abmildert, wird Europa selbst entscheiden müssen. Nur eine konsequent strategisch umgebaute EU kann diese Bewährungsprobe bestehen.

Kritisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass Europäer und Amerikaner durchaus andere Kriegsziele zu verfolgen scheinen. Die wie üblich vollmundigeren und pragmatischeren Formulierungen politischer Kriegsziele aus dem Mund von Präsident Joe Biden, seinem Außenminister Tony Blinken und seinem Verteidigungsminister Lloyd Austin („Russland nichtangriffsfähig machen“) stehen naturgemäß unter dem Vorbehalt, dass die nachfolgende amerikanische Administration unter einem aktualisierten Schlachtruf von „America first“ wieder isolationistischere Züge annehmen könnte.

Diese Spekulation bleibt einstweilen bestehen. Sie ist allerdings strategisch unplausibel. Das hat nicht einmal in erster Linie mit der Frage nach dem Stellenwert der Ukraine zu tun, sondern – auch wenn diese Wendung der Betrachtung überraschen mag – mit China. Einige wenige helllichtige Analysten haben diesen Zusammenhang sogleich erkannt.⁶³ Natürlich durchlaufen die USA weiterhin eine besonders schwierige Phase ihrer inneren Entwicklung. Diese hat nicht erst mit der Präsidentschaft von Donald Trump begonnen und sie wird nicht mit der Präsidentschaft von Joe Biden ein Ende

63 So Andreas Dür, Ukraine-Krieg: Machtverschiebung nach China, in: Die Furche, 9.März 2022, online unter: <https://www.furche.at/international/ukraine-krieg-machtverschiebung-nach-china-7968560>.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

finden. Strukturelle Erschütterungen und sozio-ökonomische Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft werden sich auch weiterhin auf die außenpolitische Performance der USA auswirken. Gleichwohl zeigt der Ukraine-Krieg aus amerikanischer Sicht doch zweierlei: Die Herauslösung der EU-Volkswirtschaften aus den Liefer-Abhängigkeiten von Russland ist eine Chance für die USA, dauerhafte Energielieferungen nach Europa – insbesondere im Bereich von Flüssiggas – zu erhöhen. Das strategische Kalkül, Russland durch eine Niederlage in der Ukraine langfristig zu schwächen, geht folglich Hand in Hand mit einem geoökonomischen Nutzen für die amerikanische Volkswirtschaft. Dadurch werden die USA auch strategisch gestärkt. Es ist davon auszugehen, dass mit den neuen Exportchancen nach Europa Vorteile für die amerikanische Arbeitsmarktentwicklung und Konjunktur entstehen. Auch der langfristig anstehende Wiederaufbau der in der Ukraine zerstörten Infrastrukturen (Transportwege, Energieversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken, Wohnhäuser) wird für die amerikanische Wirtschaft von Nutzen sein, auch wenn an erster Stelle Unternehmen aus der EU und aus der Türkei als unmittelbare Nachbarn der Ukraine die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen ergreifen dürften.

Das zweite strategische Kalkül des verstärkten amerikanischen Engagements in Europa bezieht sich auf die Entwicklung der Beziehungen der USA zu China. Die Beziehungen der beiden Großmächte sind in den vergangenen Jahren immer stärker zu einer Machtrivalität gewachsen. Je unsicherer die strategische Entwicklung im Indo-Chinesischen Raum wird, desto wichtiger ist aus Sicht der USA – zusammen mit Europa, das verstärkte Verantwortung übernimmt – eine dauerhafte Schwächung Russlands. Auch ein geschwächtes und isoliertes Russland bleibt Großmacht und erzwingt auf Dauer amerikanische strategische Präsenz in Europa. Zugleich aber geht die Botschaft an China, seine eigenen Expansionsabsichten zu mäßigen. Außenminister Blinken sprach bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges im Dezember 2021 von „integrierter Abschreckung“, die die USA über den Indo-Pazifischen Raum hinaus ausbauen.⁶⁴ Daher müssen die europäische Entwicklung und

64 Secretary Blinken's Remarks on a Free and Open Indo-Pacific, December 13, 2021, online unter: <https://www.state.gov/fact-sheet-secretary-blinkens-remarks-on-a-free-and-open-indo-pacific/>

die Entwicklungen im Indo-Pazifischen Raum auch in Europa zusammengedacht werden. In diesem Zusammenhang steht, dass erstmals Gesprächskanäle zwischen der NATO und Taiwan etabliert wurden (dem Präsident Biden volle militärischen Beistand für den Fall einer chinesischen Invasion versprochen hat). Europa sollte ein Interesse daran zeigen, an der maritimen Stärkung der Aufklärungsarbeit der Quad-Staaten (USA, Japan, Indien, Australien) beteiligt zu werden. Zugespielt ist man versucht zu sagen, dass aus Sicht der chinesisch-amerikanischen Beziehungen der Ukraine-Krieg nicht nur, aber auch die Funktion eines Stellvertreterkrieges hat. Der Ukraine-Krieg hat eine Testfunktion für die wechselseitige Wahrnehmung, wie weit die beiden Weltmächte ihre gegenseitigen Interessensphären im Indo-Pazifik zu ziehen bereit sind. Dies gilt für beide Seiten, die USA ebenso wie China.

Die USA wollen China zeigen, dass der Westen keineswegs fragil und schwach geworden war, wie in China seit Jahren konstant behauptet wird. China umgekehrt stützt die russische Argumentation für die Kriegsführung in der Ukraine deutlich, weil beide Länder an einer Schwächung des Westens und vor allem der USA interessiert sind. Andererseits ist China vorsichtig genug, sich nicht in eine Falle locken zu lassen, in der durch das Unterlaufen der westlichen Sanktionen Sekundärsanktionen für die chinesische Wirtschaft drohen könnten. Die Unterbrechung der weltwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten erschüttert umgehend die stabile Weiterentwicklung des chinesischen Modells von Fortschritt und Wohlergehen. China benötigt internationale Stabilität für seinen weiteren inneren Weg. Russland hat sich faktisch durch die chinesische politische Unterstützung in die Rolle eines Juniorpartners von China begeben. Die demographische und ökonomische Macht Chinas gegenüber einem auf das Niveau eines Schwellenlandes zurückschrumpfenden Russland spricht für sich. Beide Länder sind zwar geeint in dem Willen, die vom Westen geschaffene Weltordnung so weitgehend wie möglich zu revidieren. Anders als Russland aber agiert China subtiler und strebt, wenn irgend möglich, Siege ohne Kriege an.

Auf Dauer können weder China noch die USA ein Interesse daran haben, dass Russland völlig scheitert und ein eurasischer Dauerchaos entsteht. Auch haben sowohl die USA als auch China ein gemeinsames Interesse an einem

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

ökonomisch starken Europa, das sich auch strategisch gegenüber russischen Hegemonialansprüchen behauptet. Insofern ist trotz aller Machtrivalität zwischen China und den USA ein erhebliches Maß an Besonnenheit für beide Länder bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Europa-, Ukraine- und Russland-Strategie geboten. Dennoch wird man bei einer ehrlichen Analyse sagen müssen: Die USA und China dürften vom Ukraine-Krieg unbeschadet seines Ausgangs am meisten profitieren. Schon mitten im Krieg sind sie seine weltpolitisch-strategischen Gewinner. Die EU ist umso mehr gefordert, ihre strategische Handlungsfähigkeit zu optimieren, um Macht unter Mächten zu sein.

Perspektive 3: Von der Welt als Ganzes gedacht. Aus dieser Perspektive geht es natürlich auch um die geostrategischen Implikationen für die künftige Weltordnung. Dies berührt aber nicht nur abstrakte strategische Fragen zwischen den Großmächten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine beeinflusst zutiefst in die globale politische Architektur und beeinträchtigt die Lebensverhältnisse vieler Entwicklungsländer. Die tektonischen Veränderungen, die in den 2020er Jahren die Weltordnung neu definieren, haben ihren Beginn bereits in den späten 1970er Jahren: Damals begann der Aufstieg Chinas. Damals begann die Radikalisierung des politischen Islam im Rahmen der iranischen Revolution. Damals konsolidierte sich die rasante Bevölkerungszunahme weltweit. Damals setzten mit der beginnenden Globalisierung erkennbare Entwicklungsfortschritte im globalen Süden ein, mit massiven Folgen für Infrastruktur-, Rohstoff- und Konsumbedarf weltweit sowie für den Bedarf an ausreichenden Arbeitsplätzen, die bessere Lebenschancen für unzählige Familien garantieren.

Die Vereinten Nationen haben seit Ende des Kalten Krieges die Welt unter dem Banner von Entwicklungsfortschritt und Nachhaltigkeitszielen zusammenzuführen gesucht. Heute sind die Vereinten Nationen zerrissener denn je infolge neuer geopolitischer Konfrontationen und globaler Machtkämpfe. Während der Sicherheitsrat in der Frage der Beurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine erwartungsgemäß gespalten ist, da Russland sein Veto gegenüber einer jeden Verurteilung einlegt und China sich der Stimme enthält, votierte die UNO-Vollversammlung mit überragender Mehrheit für eine Verurteilung der russischen Aggression. Die 141 Länder, die sich am 2. März

2022 in einer Dringlichkeitssitzung der Verurteilung Russlands anschlossen, zeigten damit starke globale Solidarität mit der Ukraine. Allerdings: Gemessen an der Weltbevölkerung repräsentieren diese 141 Länder nicht einmal die Hälfte der Menschheit. Es kann den Westen und auch die sich vor Russlands möglicher Ausdehnung seiner Aggressionen fürchtenden Länder wie Georgien und die Republik Moldau nur wenig trösten, dass mit Belarus, Eritrea, Nordkorea, und Syrien neben Russland selbst nur eine verschwindend kleine Zahl von Staaten die Verurteilung des russischen Überfalls auf die Ukraine explizit abgelehnt hat. Die 35 Länder, die sich der Stimme enthielten, sind aus verschiedenen Gründen von weit größerem Gewicht (Algerien, Angola, Äquatorialguinea, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Volksrepublik China, El Salvador, Indien, Iran, Irak, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Kongo, Kuba, Laos, Madagaskar, Mali, Mongolei, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Pakistan, Senegal, Südafrika, Südsudan, Sri Lanka, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Uganda, Vietnam, Simbabwe). In vielen der Staaten, die sich am 2. März 2022 der Stimme enthalten haben, halten sich Zurückhaltung gegenüber Russlands Verhalten und Zurückhaltung gegenüber dem Westen die Waage.

Für viele dieser Staaten, aber auch für eine Reihe derer, die für die Verurteilung Russlands votiert haben, sind strategische Überlegungen ebenso wichtig wie die ökonomischen Belastungen, die der Ukraine-Krieg unmittelbar für ihre Bevölkerung nach sich zieht. Dass Russland die Nahrungsversorgung einer erheblichen Zahl von Ländern im Nahen Osten und in Afrika gefährdet, indem es Getreidelieferungen aus der Ukraine seit Kriegsbeginn blockiert hat (Besatzung oder Ausfahrtkontrolle der Schwarzmeer-Häfen der Ukraine) oder sogar Getreidelager zerstört und den Anbau neuen Saatguts in der Ukraine erschwert, ist besonders empörend. Die Unterstützung der Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine verlangt gegebenenfalls robuste militärische Eskortierung der Frachtschiffe aus dem Schwarzen Meer heraus. Der Westen muss die Freiheit der Seefahrt garantieren und die russische Seeblockade vor den Küsten der Ukraine brechen. Dem Vorwurf, Russland setze die Nahrungsversorgung armer Länder als Waffe gegen die Ukraine ein (die zehn Prozent des weltweiten Weizens exportiert), versucht Russland (wichtigster Weizenexporteur weltweit mit einem Anteil von 17 Prozent) dadurch

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

zu konterkarieren, dass es die russischen Weizenexporte nach Afrika maximal ausdehnt und versucht, die Nahrungsmittelverknappung auf die westlichen Sanktionen zurückzuführen.⁶⁵ Der Kampf um Narrative gehört zu den neuen Stellvertreterkonflikten, die Russland und der Westen auch in Afrika und anderen Regionen des globalen Südens austragen.

In nicht wenigen ärmeren Ländern Afrikas, Asiens und den Nahen Ostens fällt diese Dimension des geopolitischen Machtkampfes zwischen Russland und dem Westen auf fruchtbaren Boden. Eine Grundstimmung der Skepsis gegenüber dem Westen wächst ohnehin schon seit einigen Jahren in nicht wenigen Staaten des globalen Südens. Ein neuerliches post-koloniales Syndrom der Verletzlichkeit infolge der Durchsetzung westlicher Eigeninteressen ist in Afrika, in arabischen Staaten und in weiten Teilen Asiens nicht zu übersehen. Selbst in Lateinamerika finden diese Stimmen Anklang. Solidaritätsbemühungen der G7-Länder und der westlichen Industriestaaten im Kontext der G20-Gruppe sowie der UNO insgesamt, um die Nahrungsversorgung des globalen Südens zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, kontrastieren mit dortigen Zweifeln an der Lauterkeit westlicher Absichten. Die eher geizige Politik der europäischen Staaten und Nordamerikas während der Corona-Pandemie ist im globalen Süden nicht vergessen. Die redlichen Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation mit ihrer Impfinitiative Covax können darüber nicht hinwegtäuschen. Der schwindelerregende Anstieg der Energiepreise und der Kampf um bezahlbare Nahrungsmittel haben den Kampf um die Narrative 2022 wie nie zuvor verschärft. In nicht wenigen der ärmeren und ärmsten Staaten der Erde findet das neue Machträngen zwischen Russland und dem Westen sein Echo. Zugleich dehnt China seinen Einfluss weiter aus, auch damit für viele Länder des globalen Südens eine vermehrte Kreditabhängigkeit von China verbunden ist. Im Südpazifik steigert sich der Expansionsdrang Chinas unterdessen zu einem robusten Ringen um Einfluss zwischen China auf der einen, Australien und den USA auf der anderen Seite (Solomon Islands). Der Westen darf sich nichts vormachen: Innerhalb der westlichen Staaten ist das eigene Narrativ (Alleinverantwortung Russlands

65 Vgl Friedrich Schmidt, Putin setzt auf Hunger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Mai 2022.

für die Aggression, Verteidigungspflicht gegenüber der Ukraine als Ausdruck der eigenen Selbstbehauptung) erfolgreich. Der Durchhalte- und Siegeswille der Ukraine motiviert ihre westlichen Partner zur Fortsetzung dieser Perspektive. Dennoch: Auch wenn es einstweilen keine belastbaren demoskopischen Befunde gibt, verschärft sich im globalen Süden infolge des Ukraine-Krieges die Frage nach einer neuen Gewichtung der eigenen Interessen in der Weltordnung. China und Indien, Südafrika und Brasilien sehen sich als besonders exponierte und machtpolitisch relevante Ankerländer für die Artikulation dieser Befindlichkeiten. Sie erheben Führungsansprüche, die den westlichen Einfluss weiter zurückdrängen wollen.

Für die USA handelt es sich bei dem Ukraine-Krieg in erster Linie um einen Aspekt eines weltweiten ideologischen Konfliktes zwischen freiheitlich verfassten Staaten und autoritär und diktatorisch geführten Staaten. Im Blick auf Russland und China ist diese Zuschreibung eindeutig und einleuchtend. Im Blick auf Länder wie Indien und Südafrika, in geringerem Maße aber auch Brasilien, liegen die Dinge komplizierter. Hier gehen westlich geprägte Demokratien gegen die Übermacht des Westens – und vor allem der USA – in der Weltordnung vor, ohne den autoritären Führungsmächten Russland und China weltanschaulich verbunden zu sein. Nationale Interessen und geopolitische Empfindlichkeiten gehen Hand in Hand, vor allem im Blick auf die Skepsis gegenüber einer nach Ende des Kalten Krieges über lange Jahre gepflegten amerikanischen Unipolarität in der Weltordnung. Der Ausgang des Ukraine-Krieges hat daher tiefgreifende Folgen für das Austarieren der künftigen multipolaren Weltordnung. Je stärker dieses Machtringen zwischen dem westlichen und den nichtwestlichen Lagern konfrontativ verläuft, desto schwieriger wird es, von konfrontativ multipolaren zu multilateralen, regelbasierten Parametern einer eher konsensualen künftigen Weltordnung zu gelangen. Auch weltweit werden also infolge des Ausgangs des Ukraine-Krieges viele Karten unter Machtgesichtspunkten neu gemischt werden. Die Ergebnisse dürften asymmetrisch, inkohärent und widersprüchlich bleiben.

VI. Ukraine und darüber hinaus: Kriegsziele und Friedensstrategien

Der Ukraine-Krieg dauert seit 2014, auch wenn die ersten acht Jahre mit über 12.000 Toten die Welt nicht auch nur annähernd so aufgeschreckt hat wie es notwendig gewesen wäre. Möglicherweise hätte der Eskalation, die seit dem 24. Februar 2022 erfolgt ist, rechtzeitig entgegengewirkt werden können. 2022 hat sich nach erstem Erstaunen über die Widerstandskraft der Ukraine und die schlechte Organisation des russischen Überfalls ein Stellungs- und Abnutzungskrieg etabliert. Er könnte auf Dauer zu einem Partisanenkrieg führen. Belarus ist im Schlepptau Russlands zu einem ebenfalls kriegsführenden Land geworden. Immer wieder wird auf direkte Gespräche zwischen Russland und der Ukraine gehofft. Ebenso wie örtliche Waffenstillstände (Evakuierung von Azowstal) dürfte sich der Weg zu einem genuinen Friedenszustand auch in überschaubarer Zukunft immer wieder als beschwerlich, wenn nicht gar als unmöglich erweisen. Es steht zu befürchten, dass selbst Waffenstillstände nur Etappen bedeuten, aber noch kein Ende des Krieges in der Ukraine und um die Ukraine.

Historische Vergleiche sind stets ambivalent, aber sie erinnern an die Langlebigkeit und Zähigkeit komplexer Auseinandersetzungen, die mit Gewalt und Aggression ausgetragen werden. Der Erste Weltkrieg dauerte vier Jahre. Der Zweite Weltkrieg dauerte sechs Jahre. Nicht wenige Historiker sehen in der Gesamtphase von 1914 bis 1945 einen über dreißigjährigen europäischen Bürgerkrieg. Der Vietnam-Krieg dauerte von 1955 bis 1975. Die kriegerischen Auseinandersetzungen um Afghanistan begannen mit der sowjetischen Invasion 1979 und endeten vorerst mit dem schmachvollen Abzug westlicher Armeen 2021. Die vier jugoslawischen Sukzessionskriege dauerten acht Jahre (1991-1999). Die Belagerung von Sarajewo durch die Armee der bosnischen Serben zog sich über vier Jahre hin (1992-1996). Der syrische Bürgerkrieg brach 2011 aus und ist bisher nicht zu einem Ende gekommen. In Libyen ziehen sich die bürgerkriegsartigen Unruhen seit 2011 hin. Ein Blick in die Geschichte gibt wenig Hoffnung auf eine schnelle Beendigung des Krieges um die Ukraine, ihre territoriale Souveränität, außenpolitische Selbstbestimmung und innere gesellschaftliche sowie politische Ordnung.

Am 18. Mai 2022 machte die italienische Regierung auf sich aufmerksam, als ihr Außenminister Luigi di Maio dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, einen ersten kohärenten Vorschlag für eine Friedensregelung präsentierte. Ein Frieden für die Ukraine solle demzufolge aus vier Schritten bestehen:

- Waffenstillstand
- Demilitarisierung der Frontlinie unter Aufsicht der Vereinten Nationen
- Ukrainisch-russische Vereinbarung zur Zukunft der Krim und des Donbass
- Ukrainisch-russische Vereinbarung zur militärischen Neutralität der Ukraine, verbunden mit Sicherheitsgarantien durch mit der Ukraine verbündete Staaten.⁶⁶

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, relativierte zwei Tage später die italienische Initiative und wurde von einer italienischen Nachrichtenagentur wie folgt zitiert:

"According to the European point of view, this must start from the immediate end of the attack and the unconditional withdrawal of the Russian army."

Die Ukraine selbst müsse über alle Bedingungen eines Waffenstillstandes entscheiden.⁶⁷ So ist es. Mitten in einem existenziellen Überlebenskampf nutzt jede von außen angeregte Waffenruhe nur dem Aggressor.

Ungeachtet von verfrühten Rufen nach Waffenstillstand aus der Warte privilegierter Länder, die im sicheren Frieden leben, gilt: Der Ukraine-Krieg wird nach derzeitigem Ermessen erst dann zu Ende kommen, wenn Russland dies so will. Solange die Friedensstrategie Russlands ebenso maximal wie

66 Tommaso Ciriaco, La pace in 4 tappe. Sul tavolo dell'Onu arriva il piano del governo italiano, in: La Repubblica, 18. Mai 2022, online unter: https://www.repubblica.it/politica/2022/05/19/news/piano_pace_governo_italiano_4_tappe-350167027/.

67 Ukraine: EU ‚takes note‘ of Italian peace plan, in: Nuova Europa, 20. Mai 2022, online in: https://www.ansa.it/nuova_europa/en/news/sections/politics/2022/05/20/ukraine-eu-takes-note-of-italian-peace-plan_88fa5ac6-f176-4f59-a8cc-a9d5b6eccc37.html.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

diffus bleibt, ist die Frage rein spekulativ, unter welchen Umständen Russland bereit sein könnte, einen Waffenstillstand zu akzeptieren oder gar einen Verhandlungsfrieden mit der Ukraine anzustreben. So bitter dies zu konstatieren ist: Solange Russland nicht vollständig militärisch niedergewürdigt wäre, entscheidet Russland, wann der von seinen Streitkräften begonnene Krieg in der Ukraine ein Ende findet. Spieltheoretische Annahmen darüber, wann ein „Konflikt reif“ sei, um zu einem Verhandlungsfrieden zu finden, sind nur bedingt plausibel für die möglichen Erklärungsmuster der bevorstehenden Entwicklungen in der Ukraine.⁶⁸ Akademische Rationalität kann die offenkundige Unberechenbarkeit im Verhalten Russlands nicht widerspruchsfrei antizipieren. Sich gedanklich dennoch mit den möglichen Perspektiven der Beendigung des Krieges durch Waffenstillstand und/oder Verhandlungsfrieden auseinanderzusetzen, ist aus wissenschaftlicher Warte sinnvoll, auch wenn westliche Analysen dabei immer in der Gefahr des Wunschdenkens stehen. Im Kern geht es darum, zu analysieren, wer welche Kriegsziele und Friedensstrategien initiieren und durchsetzen kann. Offensichtlich sind – akademisch betrachtet – ganz unterschiedliche Optionen möglich.

Option 1: Von allen westlichen Seiten ist unisono zu hören, dass es einen Diktatfrieden nicht geben darf. Eine „Friedensvereinbarung“, die der Ukraine gegen den Willen der dortigen Regierung aufgezwungen würde, verspricht in der Tat keinen dauerhaften Frieden. Selbst im Falle einer totalen Zerstörung der Ukraine mit Luftangriffen und Artillerie sowie einer Beseitigung ihrer Regierung oder im Falle einer sehr unwahrscheinlichen vollständigen Besetzung der Ukraine dürfte im Falle eines Diktatfriedens mit einem langwierigen Guerillakrieg zu rechnen sein. Eine vollständige Besetzung der Ukraine, die zu einem „freiwilligen“ Anschluss der gesamten Ukraine an Russland führen könnte, ist aufgrund der Brutalität des russischen Überfalls nach menschlichem Ermessen denkunmöglich. Was immer die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung als ihre Zukunftsvorstellung wünscht oder akzeptiert: Sich Russland widerstandslos zu unterwerfen, ist nach den Erfahrungen

68 So Michael Ambühl/Nora Meier/Daniel Thürer, Verhandeln – aber wie?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 116, 19.Mai 2022, Seite 6.

des Überfalls und der seitherigen Kriegsverbrechen ausgeschlossen. Die angebliche kulturelle Identität der Ukrainer mit der russischen Welt ist ferner gerückt denn je. Die nationale Identität der Ukraine hat durch den Angriff Russlands die größtmöglich denkbare Stärkung erfahren. Dieser Schub für das nationale Selbstbewusstsein geht auch über die friedlich erkämpfte Unabhängigkeit 1991 hinausgehen und besiegelt diese auf Dauer mit dem vergossenen Blut dieses Krieges.

Nicht weniger unwahrscheinlich wie ein Diktatfrieden ist ein Verhandlungsfrieden nach russischen Vorgaben. In dieser Konstellation ginge es darum, dass die Ukraine maximale Konzessionen unterhalb der Schwelle der Auflösung ihrer territorialen Existenz machen müsste, während Russland relative Einschränkungen seiner maximalen Kriegsziele (Auslöschung der Ukraine) akzeptieren würde. Die Ukraine könnte eine solche Vertragslösung kaum akzeptieren, weil sie (völkerrechtlich legitimen) maximalen innerukrainischen Revanchismus geradezu heraufzubeschwören müsste. Die Saat zur Vorbereitung des nächsten Krieges würde durch einen Verhandlungsfrieden nach russischen Vorgaben gelegt. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass irgendeine ukrainische Regierung Russland nach dem derzeitigen verbrecherischen Verhalten der russischen Armee auch nur ansatzweise trauen könnte. Dies gilt auch dann, wenn Russland seine ursprünglich formulierten maximalen Kriegsziele (Auslöschung der Ukraine, Demilitarisierung) aus taktischen Gründen zurücknehmen würde. Zu berechtigt wäre das Misstrauen der Ukraine (aber auch des Westens und vieler anderer Staaten der UNO), dass es sich hierbei nur um einen temporären Schachzug handelt.

Option 2: Vollständiger Siegfrieden der Ukraine. Damit ist gemeint, dass die Ukraine alle Territorien, die ihr seit 2013 sukzessive entrissen worden sind, zurückerobert. Die ukrainische Regierung wiederholt diese Forderung seit Kriegsausbruch beständig und mit guten völkerrechtlichen Gründen als ihr oberstes Kriegsziel. Russland müsste sich vollständig auf sein Territorium zurückziehen, das wiederum von der Ukraine nicht angegriffen werden soll. Nach Stand der Dinge könnte eine solche Option nur militärisch über eine vollständige Rückeroberung der von Russland besetzten und annektierten Gebiete herbeigeführt werden. Es bleibt unklar, wie eine solche Regelung

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

bei einem maximalen russischen Truppenrückzug auf dem Verhandlungsweg erreicht werden könnte. Die Wut über die Kriegszerstörungen in der Ukraine und die begangenen Kriegsverbrechen bliebe selbst bei einer solchen Konstellation eine gewichtige Hypothek. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass nach einem vollständigen Rückzug Russlands und der Rückgabe aller besetzten ukrainischen Territorien unmittelbar eine friedliche Situation zwischen den Menschen in den betreffenden ukrainischen Territorien und zwischen der Ukraine und Russland entstehen würde. Wie eine solche Option aussehen kann, ohne in Russland selbst als Demütigung empfunden zu werden, bleibt ebenfalls unklar. Es erscheint wenig wahrscheinlich, dass Russland ein solches dem Land aufgezwungenes Ergebnis in einem Friedensvertrag anerkennen würde, erst recht, wenn die Ukraine dieses Ergebnis militärisch errungen haben sollte. Wie ein Diktatfrieden, der der Ukraine aufgezwungen würde, wäre ein maximaler ukrainischer Siegfrieden nach aller Erfahrung die Brutstätte für neue Formen von revanchistischer Rache auf der unterlegenen russischen Seite. Überdies müsste mit langanhaltenden inneren Unruhen in Russland gerechnet werden, in deren Gefolge im besten Falle die imperiale und nationalistische politische Kultur gebrochen werden würde. Im schlimmsten Fall könnte sich ein künftiges russisches Regime als noch unkalkulierbarer und aggressiver erweisen als das Putinsche Regime.

Option 3: Ein Verhandlungsfrieden nach westlichen Vorgaben. Das vormalige Minsker-Format (Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland) ist nicht mehr wiederbelebungsfähig. Ohne eine amerikanische, britische und/oder türkische Beteiligung lässt sich ein westliches Verhandlungsmandat nicht erneut denken. Unklar wäre aber selbst dann die Reichweite der westlichen Friedensziele: Ginge es um den Rückzug Russlands auf die Grenzen der Ukraine von vor 2013 (mit der Krim und dem Donbass) oder auf die von der Ukraine faktisch am 24. Februar 2022 kontrollierten Gebiete (ohne Krim und mit zu klärenden Bedingungen für den Donbass, möglicherweise analog zur Südtirol-Lösung). Ungeklärt wäre auch, ob eine künftige Selbstbestimmung der Ukraine eine ewige oder eine dauerhafte oder überhaupt keine Selbstverpflichtung zur Neutralität enthalten sollte; ob, gegebenenfalls durch wen und auf welche Weise eine solche Neutralität der Ukraine garantiert werden

kann; ob angesichts des tiefen Misstrauens gegenüber Russland aus westlichem Eigeninteresse an berechenbarer Stabilität ohne ungeklärte Pufferzonen nicht doch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erwogen werden muss oder sogar zwingend vollzogen werden muss, um Frieden und Stabilität auf Dauer bestmöglich zu garantieren. Die innerwestlichen Abstimmungsprozesse zu diesen Fragen dürften ohnehin nur dann halbwegs Chancen haben, in ein konkretes Verhandlungsmandat zu münden, wenn die freigeählte ukrainische Regierung die Parameter solcher Verhandlungen bestimmt oder zumindest vollumfänglich akzeptiert. Die westlichen Alliierten können sich weder gegen den Willen der Ukraine zu einer Kriegszielstrategie verständigen noch wären sie in der Lage, Russland auf einen entsprechenden Verhandlungsweg zu verpflichten. Aus russischer Sicht werden die westlichen Länder – einschließlich der Türkei – als Konflikt-, wenn nicht gar als Kriegsparteien angesehen. Daran ändert sich nichts, auch wenn die NATO-Staaten genau diese Wahrnehmung von sich vermeiden möchten und beständig verneinen, als Konfliktpartei zu agieren. Aufgrund dieser russischen Sicht entspringen die allermeisten in westlichen Ländern als wünschenswert diskutierten Friedensstrategien weitgehend einem westlichen Wunschdenken.

Option 4: Ein Verhandlungsfrieden unter Vermittlung der Vereinten Nationen. Da sowohl Russland als auch die Ukraine, aber auch die NATO-Mitgliedsstaaten (inklusive der Türkei) parteiisch sind, wäre die Möglichkeit einer Verhandlungsführung durch die Vereinten Nationen die plausibelste aller verfügbaren Möglichkeiten. Da die UNO selbst allerdings – jedenfalls im Blick auf den Sicherheitsrat - bei der Mandatierung einer solchen Verhandlungsaufgabe in ihren Loyalitäten gespalten sein dürfte, ist dieser Ansatz nur unter sehr klar zu definierenden Bedingungen denkbar. Bei einer Mandatierung der Vereinten Nationen wäre zu klären, welche weiteren Verhandlungsmächte außer Russland und der Ukraine anwesend sein würden (USA, EU, Türkei, China?) oder welcher neutrale Verhandlungsort in oder außerhalb von Europa vorstellbar wäre (Genf, Wien, Dubai, Doha, Jerusalem?).

Option 5: Ein Verhandlungsfrieden im Rahmen einer komplexen internationalen Sicherheitskonferenz. Denkbar wäre dafür eine an die aktuellen Um-

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

stände angepasste Neuauflage der multiplen Verhandlungsansätze der einstigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Entscheidend wäre es, ob und wie die nichtverhandelbaren Essentials der Ukraine (territoriale Integrität des Landes, Selbstbestimmung bei der Wahl internationaler Partner, Allianzen und Mitgliedschaften, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, Finanzierung der Kriegsfolgen) mit den russischen Forderungen, wie sie in den beiden Vertragsentwürfen vom 17. Dezember 2021 formuliert sind, die Russland an die USA und an die NATO geschickt hat (schriftliche Sicherheitsgarantien für Russland, Verzicht auf jede weitere Ausdehnung der NATO und vor allem auf die Aufnahme der Ukraine, Verzicht auf jegliche militärische Hilfe und Unterstützung für die 1991 aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten, Verpflichtung kein Militär und keine Waffen außerhalb der Länder einzusetzen, die im Mai 1997 der NATO angehört haben, das heißt: Verzicht auf Stationierung in den seither in die NATO aufgenommenen Länder Mittelost- und Südosteuropas sowie des Baltikums) und die Sicherheitsbedürfnisse der östlichen NATO-Länder (inklusive Rüstungskontrollzielen und Abrüstungsforderungen unter Einbezug einer Demilitarisierung von Kaliningrad) mit den Interessen von NATO und EU verbunden werden könnten.

Eine KSZE 2.0 müsste über die multiplen Ansätze, die nach jahrelangen Verhandlungen in der Schlussakte von Helsinki 1975 zusammengebunden wurden, zwingend Antwort auf die Frage nach Sicherheitsgarantien und (Selbst-)Verpflichtungen der Streitparteien bezüglich der Einhaltung und Überprüfung der vereinbarten Ergebnisse enthalten. Sollte es eines Tages eine KSZE 2.0 geben können, so wäre zweifellos eine weitreichende Lehre aus der Geschichte der KSZE zu ziehen: Ohne verpflichtende Mechanismen funktioniert kollektive Sicherheit nicht. Ohne konsequenten Rüstungsabbau, einschließlich einer Demilitarisierung von Kaliningrad, entsteht europäische Sicherheit mit Russland nicht wieder. Ohne eine Parlamentarisierung der KSZE, aber mehr noch ohne eine bindende Gerichtsbarkeit zur Überprüfung der Vereinbarungen könnte eine KSZE 2.0 angesichts der allseitigen Vertrauenserschütterungen nicht gelingen.

Angesichts der Brutalität des Aggressionskrieges, den Russland am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine begonnen hat, ist kaum eine verhandelte und

auf Dauer stabile Friedensregelung zu erwarten, solange das Putinsche Herrschaftssystem Russland dominiert. Im günstigsten Falle dürften daher nur temporäre oder auch vergleichsweise dauerhafte Waffenstillstandsregelungen ein realistisches Ende des Ukraine-Krieges markieren. Um an Waffenstillstandsregelungen zu denken, sind die militärischen Konstellationen an der Front und strategische Erwägungen in Moskau und in Kiew von zentraler Bedeutung. Dort und nicht in den Denk-, Schreib- und Planungsstuben externer Beobachter wird über das Schweigen der Waffen entschieden. Wann immer dies sein mag: Je länger der Krieg dauert, desto wahrscheinlicher wird, dass es nicht bei einem einzigen Waffenstillstand bleibt, wann immer und wie immer dieser zustande kommen mag. Auch ein wiederholter Bruch von Waffenstillstandsvereinbarungen wäre in einer derartig aufgeladenen Kriegssituation nicht ungewöhnlich. Die pessimistischen Prognosen, dass sich der Krieg in der Ukraine über einen langen Zeitraum hinziehen dürfte, ist unbestimmt genug, um jedenfalls eher an Jahre als an Monate zu denken. Vereinbarungen mit dem Charakter eines Waffenstillstandes dürften aller Voraussicht nach immer nur Einzelaspekte des Konflikts betreffen (humanitäre Korridore, Gefangenenaustausch, Truppenentflechtungen, Beendigung von Einkesselungen, Transportkorridore). Die grundsätzlichen territorialen und strategischen Fragen werden sich über Waffenstillstandsvereinbarungen kaum regeln lassen. Befürchtet werden muss eine sehr, sehr lange Unentschiedenheit dieser Fragen.

Umso notwendiger wird es bereits auf absehbare Zeit für die Ukraine werden, von ihren westlichen Partnern und Alliierten nicht nur Unterstützung, sondern Sicherheitsgarantien zu erhalten, die eine Fortsetzung des leidlich normalen Lebens in den nicht beständig umkämpften Gebieten der Ukraine erlaubt. Der Status als Kandidatenland der EU ist eine große moralisch-politische Unterstützung, aber keine strategische Absicherung der staatlichen Existenz. Das bedeutet nicht, dass diese Vorleistung der EU nicht wichtig wäre. Aber sie muss realistisch betrachtet werden. Der Weg zu Freiheit und zu Reformen, zu territorialer Selbstbestimmung und kultureller Westbindung führt für die Ukraine – und nach einem Ende der langjährigen Diktatur auch für Belarus – in die Richtung der EU-Mitgliedschaft. Der Weg zu Si-

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

cherheit und Frieden, zu territorialer Verteidigung und strategischer Abschreckung gegenüber weiterer russischer Aggression führt für die Ukraine nach dem derzeitigen Angriffskrieg gegen das Land nur in die Richtung der NATO-Mitgliedschaft. Was in den 1990er Jahren eine vorsichtige Überlegung war, die auf westlicher Seite mit maximaler Zurückhaltung geführt wurde⁶⁹, und 2008 als vage Option aufgrund einer sich selbst überschätzenden strategischen Ambivalenz unter westlichen Staaten zum labilen Status der Ukraine als einer überfallanfälligen Grauzone geführt hat, kann nach dem derzeitigen russischen Angriffskrieg nur noch als notwendiges Mittel rationaler Realpolitik angesehen werden: Um Europas Sicherheit vor Russland zu stärken, um der gesicherten Zukunft der Ukraine willen und um jegliche Ambivalenz gegenüber dem Selbstverteidigungswillen des Westens in Russland zu beseitigen, muss die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine – auch wenn Teile des Landes weiterhin besetzt oder gewaltsam von Russland anektiert sein sollten – nach den Erfahrungen des russischen Angriffskrieges vollzogen werden.⁷⁰ Einzelne westliche oder auch nichtwestliche Mächte hätten als Garantiemächte für die Zukunft der Ukraine niemals das Gewicht, das die NATO aufbringt, um die Sicherheit der Ukraine vor Russland in Zukunft jederzeit zu garantieren. Russlands Sicherheitsbedürfnisse würden – sofern Russland dies wünscht oder benötigt – globalpolitisch bei einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine implizit durch China garantiert werden, sofern China an seiner bedingungslosen Loyalität zu Russland festhält. Erinnerung muss in diesem Zusammenhang daran, dass die Bundesrepublik Deutschland trotz der Teilung des Landes, ohne völkerrechtlich verbind-

69 Vgl. Jackson Janes / Oleg Kokoshinsky / Peter Wittschorek (eds.), *Ukraine, Europe, and the United States. Towards a New Euro-Atlantic Security Architecture*. Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 22, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2000; Ronald D. Asmus, *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself for A New Era*, New York: Columbia University Press, 2002, Seite 155-163.

70 So auch der ehemalige Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger: Kristoffer Fillies, „Jetzt müsste man die Ukraine erst recht in die Nato holen“, in: *Die Welt*, 18.Mai 2022, online unter: <https://www.welt.de/vermishtes/article238820217/Maischberger-Jetzt-muesste-man-die-Ukraine-erst-recht-in-die-Nato-holen.html>.

lichen Friedensvertrag und mitten im Kalten Krieg von 1955 bis 1990 Mitglied der NATO (und selbstverständlich der EU) sein konnte. Warum sollte dies nicht aufgrund der Erfahrungen des russischen Angriffs unter neuen Bedingungen künftig auch für die Ukraine möglich sein?

Zwei Fragen haben auf lange Zeit besonderes Gewicht für die Bewertung, ob eine Friedensregelung für die Ukraine Recht und Gerechtigkeit widerspiegelt und ob sie für alle anderen von Russland bedrohten europäischen Staaten Stabilität und Deeskalation bewirkt.

1. Die Ergebnisse einer rechtlichen Aufarbeitung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen. Der Internationale Strafgerichtshof ist bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch aktiv geworden, um die begangenen Kriegsverbrechen zu dokumentieren. Der Ukraine wurde bescheinigt, dass im Donbass kein Genozid seitens der Ukraine durchgeführt wurde. Für den Völkerrechtler Otto Luchterhand erfüllt das russische Vorgehen in Mariupol den Tatbestand des „Völkermordes“.⁷¹ Die Ukraine hat erste als Kriegsverbrecher identifizierte russische Soldaten in rechtsstaatlich korrekten Verfahren verurteilt. Russland instrumentalisiert inhaftierte ukrainische Soldaten für seine Sicht auf Kriegsverbrechen und Kriegsrecht. Russland als Nichtvertragsstaat entzieht sich bisher der Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs. Seit seiner Gründung im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in Ruanda hat der Internationale Strafgerichtshof an Statur gewonnen. Siegerjustiz im Sinne der Nürnberger Prozesse gegen die nationalsozialistischen Verantwortlichen des deutschen Angriffskrieges soll es nicht mehr geben. Obwohl Russland die Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofes (bisher) nicht anerkennt, wird dort daran gearbeitet, einen Angriffskrieg an sich als Kriegsverbrechen zu qualifizieren. Dabei muss im Rahmen des Völkerrechts überprüft werden, auf welche Weise bereits der Befehl zu einem Angriffskrieg als Kriegsverbrechen angesehen werden

71 Otto Luchterhand, Gutachten: Die Einkesselung und Zerstörung der ukrainischen Großstadt Mariupol, Gebiet Doneck, durch Russlands Streitkräfte. Ort diverser, massenhafter völkerrechtlicher Verbrechen und insbesondere ein Fall von Völkermord (März 2022), online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gutachten-des-rechtswissenschaftlers-luchterhandt-russland-begeht-in-mariupol-voelkermord/28167630.html>.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

kann. Auf diese Weise würden nicht nur Einzeltäter, die möglicherweise von Vorgesetzten zu ihren Gewalttaten gezwungen wurden, sondern auch die an zentraler russischer Stelle für den Angriffskrieg politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. Eine solche Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts hätte gewichtige positive Auswirkungen auf den Fortgang einer friedlichen Ausgestaltung der künftigen Weltordnung, ganz unabhängig von der Frage, ob es unmittelbar zu einer Festsetzung und/oder Auslieferung der politisch Verantwortlichen in Russland käme.

Bis zur Möglichkeit der Auslieferung verantwortlicher russischer Entscheidungsträger muss dieses Bemühen symbolisch bleiben. Allerdings, in den Worten von Meret Baumann:

„Dass die Kremlführung vorläufig nicht auf einer Anklagebank sitzen wird, schmälert die Bedeutung einer strafrechtlichen Aufarbeitung in keiner Weise. Sie dient der Beweissicherung für eine Zukunft unter möglicherweise veränderten politischen Verhältnissen und gibt Opfern das Gefühl, das ihr Leid ernst genommen wird.“⁷²

2. Die Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine durch Verwendung russischer Finanzmittel. Dafür müssen seriöse völkerrechtliche Begründungen formuliert und praktiziert werden, wie dies als erster der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zu Recht eingefordert hat.⁷³ Zugleich geht es nicht darum, mit den Mitteln der Siegerjustiz Russland so sehr zu demütigen und auf Dauer ökonomisch zu schwächen, dass russischer Revisionismus vorprogrammiert wäre. Die schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik mit zu hohen Reparationskosten ohne Aussicht auf wirtschaftliche Gesundung müssen Warnung sein. Allerdings: Die durch die westlichen Sanktionspakete eingefrorenen russischen Gelder (über 300 Milliarden Euro) sind bereits vorhanden und müssten nicht über den Weg einer Dauerbelastung der künftigen russischen Wirtschaft erarbeitet werden. Die staatlichen russischen Einlagen bei westlichen Banken werden insofern keinen Einzelpersonen entzogen, wenn sie für den

72 Meret Baumann, Das Recht ist eine Waffe gegen Russlands Barbarei, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.Mai 2022, Seite 13.

73 Sam Fleming, EU should seize Russian reserves to rebuild Ukraine, top diplomat says, in: Financial Times, 9.Mai 2022, online unter: <https://www.ft.com/content/82b0444f-889a-4f3d-8dbc-1d04162807f3>.

Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Sollte das Putinsche Regime in Russland über den Ukraine-Krieg hinaus an der Macht bleiben, wäre eine Verwendung der eingefrorenen russischen Staatsgelder vernünftigerweise in unmittelbarer Verbindung mit dem völkerrechtswidrigen Befehl zu einem Angriffskrieg zu sehen. Russland dürfte unter solchen Umständen auf lange Zeit - zumindest im Westen – mit allergrößtem Misstrauen und auf Basis eines konsequenten militärischen Selbstschutzes begegnet werden. Sollte es zu einem stabilen Regime- oder nachhaltigen Systemwechsel in Russland kommen – aber nur dann – müsste die Frage nach Schuld und Sühne neu überdacht werden im Blick auf Perspektiven eines Neustarts von kooperativen Beziehungen zu einem sich erneuernden Russland.

Die Verwendung der eingefrorenen russischen Staatsgelder für den Wiederaufbau der Ukraine bietet unter allen denkbaren Umständen das nachhaltig überzeugendste und moralisch legitimste Argument für das westliche Sanktionsregime. Russland wird nicht aus Selbstzweck oder mit Racheinstinkten sanktioniert, sondern so, dass der von Russland in seinem Nachbarland angerichtete Schaden, soweit es geht, schlussendlich von Russland wiedergutmacht wird. Es war nicht klug von der Europäischen Kommission, schon im Mai 2022 mitzuteilen, dass die EU für die Finanzierung des zivilen Wiederaufbaus der Ukraine bereitstehen wird. Zunächst muss Russland für den von seinen Truppen angerichteten Schaden aufkommen. Erst wo dies nicht reicht, ist die EU – selbstverständlich – verpflichtet, subsidiäre Unterstützung zu geben.

Auf die EU und die USA, auf die Ukraine und Russland, auf NATO und UNO kommen langwierige diplomatisch-politische, strategisch-militärische und ökonomisch-soziale Entwicklungen zu. Es ist wahrscheinlich, dass in unterschiedlichen Formaten unterschiedliche Fragestellungen und Fragebündel behandelt werden, aber auch immer wieder von Differenzen und Rückschlägen begleitet sind. Wann solche Prozesse beginnen, wie lange sie dauern und wie sehr sie die Grundlagen einer neuen Weltordnung sein werden, wird sich weisen. Erst müssen die Waffen zuverlässig schweigen, was von denjenigen in Russland verlangt werden muss, die sie zur brutalen Durchsetzung ihrer Interessen und Wertvorstellungen aktiviert haben.

Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Das Jahr 2022 hat jedenfalls gelehrt: Die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“ sind nicht zu trennen von Europas Sicherheit und der Freiheit des Westens. Aber auch das hat 2022 gelehrt: Solange der Schlüssel zur Gewaltanwendung und Gewaltbeendigung einzig und allein hinter den Mauern des Kremls liegt, garantiert nur die Strategie der Abschreckung Russlands eine sichere und freie Zukunft Europas. Erst wenn Russland verlässlich die Waffen in der Ukraine schweigen lässt, kann mit Russland über eine bessere Zukunft für alle Menschen in Europa und in Eurasien gesprochen werden.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 260 (2020) Cillian O'Gara
European Energy Security
- C 261 (2020) Johannes Wiggen
Chancen und Grenzen europäischer Cybersicherheitspolitik
- C 262 (2020) Christoph Bierbrauer
Bailouts in the euro crisis: Implications for the aftermath of the COVID-19 pandemic
- C 263 (2021) Muhammad Murad
Geo-economics of the European Union and the China Challenge
- C 264 (2021) Jette Knapp
Struggling to Find a Recipe for Peace – Ten Years of European Initiatives to End the Conflict in Syria
- C 265 (2021) Rahel Hutgens, Stephan Conermann
Macron's Idea of European Universities From Vision to Reality - The Implementation
- C 266 (2021) Kwan Lok Alan Ho
"Loud thunder, little rain" Participatory Democracy in the European Union
Examining the European Citizens' Initiative
- C 267 (2021) Ludger Kühnhardt
The post-corona world. A research agenda
- C 268 (2021) Daniel René Jung, Wolfgang Picken, Matteo Scotto, Liska Wittenberg (eds.)
Corona und die Verfassung Europas
- C 269 (2022) Ludger Kühnhardt
Karl Dietrich Bracher (1922-2016). Aus der Geschichte lernen.
- C 270 (2022) Michael Gehler
The Signing of the Rome Treaties 65 Years Ago: Origins, Provisions and Effects
- C 271 (2022) Milenko Petrovic
EU enlargement into the Western Balkans: a gloomy prospect gets gloomier
- C 272 (2022) Merit Thummes
Europäische Parteien als Antrieb für die europäische Integration?
- C 273 (2022) Henrik Suder
Die Wirkung der Staatsschuldenkrise auf das Legitimitätsniveau der Europäischen Union
- C 274 (2022) Ludger Kühnhardt
Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-946195-19-1